

AUGUST 2023

# Schweizer Revue

Die Zeitschrift für  
Auslandschweizer:innen



**Was ausser einer legendären Wollmütze  
hinterlässt uns die gescheiterte Credit Suisse?**

**Wohin steuert die Schweiz?**

**Die grosse Umfrage zu den Wahlen 2023**

**Der absolut sonnigste Flecken der Schweiz?**

**Cardada-Cimetta, ein Ort nicht ganz ohne Schattseiten**

**Freiheit. Solidarität.  
Verantwortung.  
Überall.**



Die  
Mitte

grueneCH

**UNSER KLIMA  
DEINE WAHL**  
IN DER SCHWEIZ, EUROPA UND DER WELT

gruene.ch/wahlen2023

FDP  
Die Liberalen  
International

**FDP International – die politische Heimat für liberale SchweizerInnen weltweit.**  
Wählen Sie ParlamentarierInnen, die sich für Sie einsetzen werden!

Hier finden Sie unsere Wahl-empfehlungen!

<https://www.fdp-international.com/wahlen>

**Grünliberale**  
International

**Wir setzen uns für euch ein!**

Für mehr Einfluss der Auslandschweizer:innen in der Schweizer Politik

Wir ergreifen Partei  
**FÜR DIE PROGRESSIVEN,  
SOLIDARISCHEN AUSLAND-  
SCHWEIZER:INNEN IM  
NATIONALRAT.**

Pascal Cuttat,  
Humanitärer Arbeiter, Nairobi (Kenya)

**LISTE  
SP MÄNNER  
KANTON  
BERN**

**Am 22. Oktober 2023 wird gewählt. Entscheiden Sie mit!**  
Sie finden unsere grosse Wahlumfrage ab Seite 17.  
Und in noch ausführlicherer Form unter [www.revue.ch](http://www.revue.ch)

**6 Schwerpunkt**

Das krachende Ende der Credit Suisse:  
Der Wirtschaftshistoriker ordnet ein

**8 Nachrichten**

Bundesrat Alain Berset nimmt den Hut:  
Er verzichtet auf eine neue Amtszeit

Hauptprobe bestanden: Die neusten  
E-Voting-Tests verliefen problemlos

**10 Politik**

Das Volk sagt Ja zum schrittweisen  
Abschied von fossilen Energieträgern

**20 Kultur**

Wie wird ein Museum seine Objekte los?  
Langnau liefert eine besondere Antwort

**14 Reportage**

Cardada-Cimetta, der sonnigste Ort der  
Schweiz, hat auch seine Schattenseite

**17 Wahlen 2023**

Die Umfrage der «Schweizer Revue» bei  
den sechs grössten Parteien der Schweiz

**20 Schweizer Zahlen****26 Politik**

Phänomen Pierre Maudet: Skandalen  
zum Trotz wird er in Genf wiedergewählt

**30 Literatur**

Erinnerungen an Anne-Lise Grobéty

**31 Aus dem Bundeshaus**

Die Zahl der Auslandschweizer:innen  
kletterte auf über 800 000 hoch

**34 SwissCommunity-News**

Cyberkriminalität: Hacker stehlen  
Adressmaterial der «Schweizer Revue»

**38 Diskurs**

Cover: Die legendäre SKA-Skimütze aus den  
1970er-Jahren. Foto Silas Zindel

# Warm anziehen



Vor fast 50 Jahren sorgte die Schweizer Grossbank SKA mit einem spektakulären Coup dafür, dass die Nation nicht fror. Die Bank, aus der später die Credit Suisse hervorging, verlor 800 000 Mützen. Sie waren eher auffällig als schön. Ein blau-rot-weisses Strickerzeugnis aus Acryl, etwas zu eng geschnitten; ein Werbeartikel mit Kultcharakter. Alle wollten eine kriegen und tragen – und gaben so der Bank ein Gesicht.

Für das Gratisteil von damals müssen Sie heute bei Online-Auktionen bis zu 200 Franken hinblättern. Und im März erreichte die Mütze den 280-fachen Wert einer Credit-Suisse-Aktie. Inzwischen ist der Niedergang der Bank endgültig – und die Mütze definitiv eine Reliquie: Die Schweizer Regierung dirigierte die Grossbank UBS in grosser Hektik dazu, die marode Konkurrentin Credit Suisse zu übernehmen. Staat und Nationalbank sicherten den Deal mit Garantien in Milliardenhöhe ab.

Passé ist damit der Niedergang der Credit Suisse noch längst nicht. Die Nachbeben halten an. Zudem lernte die Schweiz über die Jahre: Nach der Bankenkrise ist vor der Bankenkrise. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann sagt es im Interview mit der «Schweizer Revue» ganz nüchtern: Auch die UBS, die nunmehr einzige Schweizer Grossbank, wird wahrscheinlich früher oder später Hilfe vom Staat benötigen – also Hilfe von der Allgemeinheit (Seite 4).

Für einen grossen Teil dieser «Allgemeinheit» ist «die Bank» übrigens schon längst nicht mehr die Sparkasse um die Ecke, die Kindern das erste Sparschwein schenkt, einem beim Geschäften und beim Träumen zur Seite steht und im Alter finanzielle Sicherheit garantiert. Was gegenüber internationalisierten Grossbanken dominiert, ist das Gefühl von Entfremdung und Distanz, ein Unverständnis für die Exzesse, wie sie sich auch die Credit-Suisse-Spitze leistete: Sich selbst Boni in Millionenhöhe gönnen, selbst in Jahren des Verlustes. Viel Mitgefühl erfuhr die Credit Suisse auf ihrer Talfahrt ins Verderben deshalb nicht.

Am 22. Oktober wählt die Schweiz ein neues Parlament. Vielleicht wird es eine strengere Bankenregulierung einfordern? Auf jeden Fall sind diese Wahlen in vielen Themenfeldern richtungsweisend. Für die rund 220 000 Schweizerinnen und Schweizer in der Fünften Schweiz, die bereits im Wahlregister eingetragen sind, haben wir die sechs grössten Parteien unter die Lupe genommen und befragt. Eine Auswahl ihrer Antworten finden Sie in diesem Heft – und in vollem Umfang auf [www.revue.ch](http://www.revue.ch).

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,  
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,  
ist die Auslandschweizer-Organisation.



# «Der Staat wird wohl auch die neue Grossbank stabilisieren müssen»

Die Traditionsbank Credit Suisse ging nach 167 Jahren unter: Der Staat zwang die UBS, die angeschlagene Konkurrentin zu übernehmen. Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann über die Schweiz und die Grossbanken, Illusionen der Politik – und die Frage, ob das kleine Land wirklich noch eine internationale Grossbank braucht.

INTERVIEW: SUSANNE WENGER

«Schweizer Revue»: Herr Straumann, ist das Ende der geschichtsträchtigen Credit Suisse ein Bruch oder Wendepunkt für die Schweiz?

Tobias Straumann: Es ist zumindest ein Ereignis. Die Credit Suisse war die älteste noch existierende Schweizer Grossbank. Ein bedeutender Wendepunkt ist ihr Untergang aber nicht. Schon in den 1990er-Jahren verschwanden

den Grossbanken. Vor gut dreissig Jahren hatte die Schweiz fünf Grossbanken, jetzt bleibt noch eine übrig. Die globale Finanzkrise 2008 mit der Rettung der grössten Schweizer Bank UBS durch den Staat und später der Wegfall des Bankgeheimnisses für ausländische Kunden waren viel heftigere Brüche.

**Die UBS retten, die CS zwangsfusionieren: Gleich zweimal musste der**

**Staat in den letzten fünfzehn Jahren strauchelnden Grossbanken zu Hilfe eilen. Dabei ist die Schweiz ein Land, das die freie Marktwirtschaft hochhält. Wie passt das zusammen?**

Die Schweiz ist gar nicht so marktwirtschaftlich. Wir haben viele Staatsbetriebe oder Pseudostaatsbetriebe. Im Bankensektor gibt es die Kantonalbanken, das sind auch Staatsbetriebe. Ausserdem sind Staatsinterventionen für Grossbanken aus meiner Sicht kein

## 1856

### Bank für die Eisenbahn

Der liberale Politiker und Unternehmer Alfred Escher (Bild) gründet mit Gleichgesinnten in Zürich die Schweizerische Kreditanstalt. Die Vorgängerin der Credit Suisse steigt rasch zur grössten Handelsbank auf und finanziert den Ausbau des Schweizer Eisenbahnnetzes mit.



Foto ETH-Bibliothek, Bildarchiv

## 1934

### Bankgeheimnis verankert

Das Parlament verankert das Bankgeheimnis für Bankkunden in der Schweiz gesetzlich. Obwohl im In- und Ausland umstritten, wird es lange standhaft verteidigt. Als der internationale Druck vor allem wegen der Steuerflucht wächst, gibt die Schweiz das Bankgeheimnis für ausländische Kundschaft ab 2009 schrittweise auf.



## 1977

### Skimützen fürs Volk

Um volksnah zu wirken, verlost die Schweizerische Kreditanstalt 800 000 Gratismützen. Bis weit in die 1990er-Jahre sind diese auf Skipisten zu sehen, später werden sie zum Kultobjekt. Beim Untergang der Credit Suisse sind sie deutlich mehr wert als die Bank-Aktie.



Tabubruch mehr. Seit den 1990er-Jahren sehen wir international, wie verletzlich das stark globalisierte und liberalisierte Bankensystem geworden ist. Dass Staaten immer wieder eingreifen mussten, ist völlig normal geworden. Es geht gar nicht anders, weil es sonst jedesmal eine grosse internationale Finanzkrise gäbe. Auch das Ausland erwartet von der Schweiz, dass von ihr nicht Ereignisse ausgehen, die das ganze Bankensystem anstecken.

**Das Parlament wollte aber nach der UBS-Rettung mit dem «Too-big-to-fail»-Gesetz verhindern, dass Staat und Steuerzahler nochmals so grosse finanzielle Risiken eingehen müssen. Ein böses Erwachen für die Politik?**

«Die ökonomische Bedeutung des Finanzplatzes wird überschätzt.»

Als Historiker bin ich weniger überrascht, dass das nicht geklappt hat. In einer Krise braucht man sehr einfache Pläne. Die «Too-big-to-fail»-Regelung war zu kompliziert, nicht erprobt und etwas weltfremd. In so einem Fall sind immer auch ausländische Behörden involviert, die ihrerseits politisch Rücksicht nehmen müssen. Bis sie zustimmen, kann es dauern.

#### Was vermag Bundesbern in globalisierten Finanzmärkten überhaupt noch zu bewirken?

Einiges. Der Staat kann und muss sehr viel machen, wenn es darum geht, Banken zu stabilisieren. Im Falle der UBS hat er es gut gemacht. Die Bank wurde temporär teilverstaatlicht, am Schluss verdiente der Bund gar noch etwas daran. Und die UBS passte ihre Risikokultur an. Bei der Credit Suisse hielten die Behörden nun eine Fusion für sicherer. Ob es die richtige Lösung war, wird sich erst noch zeigen.

#### Wer oder was ist hauptverantwortlich für den CS-Kollaps?

Das Management und der Verwaltungsrat. Die CS war seit Jahren schlecht ge-



**Zur Person:** Tobias Straumann (57) ist Professor für Geschichte der Neuzeit und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich. Er forscht unter anderem zur Finanz- und Währungsgeschichte. Besonders interessiert ihn das Zusammenspiel von Wirtschaftskrisen, Institutionen und Politik.

führt. Aber auch die Behörden müssen sich Fragen gefallen lassen. Seit Oktober 2022 wusste man, dass die Bank in einer schwierigen Situation war. Trotzdem dauerte es diesen März nochmals lange, bis ein Rettungsplan stand. Das Ganze wirkte improvisiert, anders als damals bei der UBS. Das hat mich überrascht. Noch wissen wir nicht genug, um das Behördenverhalten zu beurteilen. Die Parlamentarische Untersuchungskommission wird Erkenntnisse bringen. Die Bank selber sollte jedoch auch etwas beitragen, und zwar von sich aus: mit einem umfassenden Bericht, was bei der CS schiefgelaufen ist. Das ist sie der Schweiz schuldig.

1991

#### Regionalbank kollabiert

Die Spar- und Leihkasse Thun im Berner Oberland übernimmt sich mit der Finanzierung von Immobilien und geht konkurs. Die Bilder vom Bankencrash in der reichen, soliden Schweiz gehen um die Welt. Über 220 Millionen Franken Privat- und Geschäftsvermögen werden vernichtet.



1997

#### Bankenhochzeit zur UBS

Die zwei Schweizer Traditionsbanken Schweizerische Bankgesellschaft und Schweizerischer Bankverein fusionieren zur UBS. Ziel der neu grössten Bank der Schweiz ist es, stärker ins internationale Finanzgeschäft zu expandieren und dort zur Weltspitze zu gehören.



2008

#### Staat rettet UBS

Nach dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers gerät die UBS in den Strudel der Finanzkrise. Bund und Nationalbank werfen 60 Milliarden Franken auf, um den Konkurs der Grossbank zu verhindern. Der Plan geht am Schluss ohne Schaden für die Steuerzahler auf.



Fotos Keystone



**Trotz Verlusten und Skandalen wurden bei der CS überhöhte Vergütungen und Boni ausbezahlt. Gewisse Banker scheint nur noch Geldgier anzutreiben, für die sie jedes Risiko eingehen.**

**Wo ist die Unternehmerbank von einst geblieben, die das Land voranbrachte?**

Den unternehmerischen Teil gab es bei der CS bis zuletzt. Im Firmenkreditgeschäft machte sie einen sehr guten Job. Es stimmt, die Bankengründer um Alfred Escher im 19. Jahrhundert investierten in die Infrastruktur. Doch das Eisenbahngeschäft war auch schon riskant. Die Kreditanstalt hatte eine stürmische Entstehungszeit, die Börsenkurse der Eisenbahngesellschaften gingen rauf und runter. Wenn es gut lief, verdienten auch die Banker gut. Lief es schlecht, bezogen sie allerdings keine Boni. Das ist der Unterschied zu heute. Die Fehler bei der CS geschahen schon auch aus Gier, aber vor allem wegen der Inkompetenz des Verwaltungsrats und des Managements.

**Worin lag die Inkompetenz?**

Was ab den 1990er-Jahren neu dazu kam, war die starke Internationalisierung der Schweizer Grossbanken. Auf den Finanzplätzen London und New York ist es jedoch für ein schweizerisches Management extrem schwierig zu bestehen. Die angelsächsischen

Investmentbanker haben eine völlig andere Mentalität, die mit der schweizerischen Geschäftskultur schlecht vereinbar ist. Zudem arbeiteten oft zweitklassige Banker für die Schweizer Grossbanken in London und New York, die sich wie Söldner verhielten und nur kurzfristig maximalen Profit für sich herauschlagen wollten.

**Die UBS hat die CS im Juni übernommen. Kommt das gut mit dieser Riesenbank?**

Die neue Grossbank ist kleiner als die UBS vor der Finanzkrise und wird wohl noch ein wenig schrumpfen. Dies nur so zum Vergleich. Aber klar, sie ist immer noch sehr gross, von der Bilanzsumme her doppelt so gross wie das Schweizer Bruttoinlandsprodukt. Ob es gut kommt, weiss ich nicht. Die Wahrscheinlichkeit, dass auch diese Grossbank einmal ein Problem haben wird und der Staat eingreifen muss, ist jedoch sehr hoch. Eine stärkere Regulierung wird da nicht ausreichen. Das kann man jetzt schon sagen.

**Jetzt liegen aber politische Forderungen auf dem Tisch, systemrelevante Banken stärker zu regulieren.**

Noch etwas mehr Puffer zu verlangen, also einen höheren Anteil Eigenkapital, fände ich sinnvoll. Aber selbst

## 2010

### Bonus-Exzesse bei der CS

CS-Konzernchef Brady Dougan (Bild) bezieht zusätzlich zum Jahreslohn von rund 19 Millionen Franken einen Bonus von fast 71 Millionen. Das ist neuer Bonus-Rekord. Die exzessive Bonuskultur der CS stösst in der Schweiz auch in den Folgejahren immer wieder auf Kritik, doch die Aktionäre der Grossbank winken sie durch.



## 2011

### «Too big to fail»-Gesetz

Das Parlament folgt Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (Bild) und reguliert jene Banken stärker, deren Ausfall der Volkswirtschaft schaden würde, darunter UBS und CS. Sie sind «too big to fail»: zu gross, um unterzugehen. Finanzielle Anforderungen werden erhöht, der Insolvenz-Fall wird geregelt.



## 2021

### CS mit Milliardenpleiten

Risikoreiche Investitionen in die Finanzfirma Greensill und den Hedgefonds Archegos führen zu Milliardenverlusten bei der Credit Suisse. Die Schweizer Finanzmarktaufsicht eröffnet wegen Greensill ein Verfahren und ordnet Massnahmen bei der CS an.





dann ist die UBS nicht sicher, das muss man einfach wissen. Das globale Finanzsystem ist sehr anfällig. Die CS war angeschlagen, aber so schlecht dran auch wieder nicht. Alle Kennzahlen der Finanzmarktaufsicht waren eingehalten. Dann passiert irgendwo etwas, und die Ansteckung nimmt ihren Lauf. Staaten können eine Finanzkrise weder voraussehen noch verhindern, nur rechtzeitig eindämmen, um katastrophale Folgen zu verhindern. Festzulegen, wann der richtige Zeitpunkt zum Eingreifen ist, ist jedoch schwierig.

#### **Kann sich die kleine Schweiz angesichts solcher Risiken noch eine global tätige Grossbank leisten?**

Es hat Vorteile, am eigenen Finanzplatz eine Grossbank zu haben, die alle Leistungen anbietet. Müsste die UBS nun politisch gewollt die problematischen internationalen Geschäfte abspalten oder würde sie ihren Sitz verlegen, gin-

«Eine stärkere Regulierung wird nicht ausreichen. Das kann man jetzt schon sagen.»

gen diese Vorteile verloren. Dafür wäre mehr Stabilität gewonnen. Für gewisse Geschäfte gäbe es ausländische Filialen, ähnlich wie bei der Fluggesellschaft Swiss, die zur deutschen Lufthansa gehört. Es würde gehen. Auch der Wegfall des Bankgeheimnisses hat uns ja überhaupt nicht geschadet. Zürich ist nicht verarmt. Im Gegenteil.

#### **Wie wichtig war es für den Wohlstand der Schweiz, ein internationaler Finanzplatz zu sein?**

Die ökonomische Bedeutung wird überschätzt. Die Schweiz wurde mit dem Ersten Weltkrieg zum internationalen Finanzplatz, war aber schon 1914, gerade vor dem Krieg, das reichste Land auf dem europäischen Kontinent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Dafür war vor allem die Industrie verantwortlich. Diese war sehr dynamisch und machte den Wohlstand der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert bis heute aus. Der Finanzplatz kam erst infolge der Industrialisierung und gewann mit der Vermögensverwaltung eine ganz neue, reichlich sprudelnde Einnahmenquelle. Volkswirtschaftlich hatte dies immer Vor- und Nachteile.

#### **Was waren die Nachteile?**

Die hohen Löhne im Bankensektor zogen viele gut ausgebildete Leute an, die dann in anderen, innovativeren Bereichen fehlten. Nun gibt es ohne die grosse Sogwirkung des Bankensektors wieder mehr Raum für andere Branchen und Innovationen. Zürich ist ausserdem als Versicherungsstandort sehr erfolgreich. Dieses Geschäft ist berechenbarer und stabiler. Ich finde, es passt viel besser zur Schweizer Mentalität.

## März 2023

### **Notübernahme durch UBS**

Die Krise bei der CS spitzt sich zu, Kunden ziehen Gelder ab. Am Sonntagabend, 19. März, gibt Finanzministerin Karin Keller-Sutter im Beisein der Banken-Chefs die Übernahme der CS durch die UBS bekannt. Der Bund leistet für den Notverkauf Garantien im Umfang von 109 Milliarden Franken. Neuer UBS-Chef wird ein Schweizer: Sergio Ermotti.



## April 2023

### **Kritik im Parlament**

In einer Sondersession lehnt der Nationalrat die Notkredite für die CS-Übernahme ab, was aber folgenlos bleibt. Der Ständerat segnet sie ab. Erneut geht die Diskussion los, ob die Politik die Banken stärker zähmen soll. Im Nationalrat finden Vorstösse für ein Bonusverbot und mehr Eigenkapital eine Mehrheit.



## Juni 2023

### **CS-Ende wird untersucht**

National- und Ständerat setzen ihr mächtigstes Kontrollinstrument ein: eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Die PUK macht sich diesen Herbst unter der Leitung von Mitte-Ständerätin Isabelle Chassot (Bild) an die Arbeit. Sie beleuchtet das Handeln von Bundesrat, Nationalbank und Finanzmarktaufsicht vor und während der Bankenkrise.



## Alain Berset



Bundesrat Alain Berset sitzt im blauen Anzug in New York auf einem Randstein und studiert seine Notizen. Locker wie ein Gymnasiast, lässig wie ein Künstler, weltläufig wie ein Diplomat. Das Bild, 2018 während der Uno-Vollversammlung entstanden, verdeutlicht das Selbst- und Sendungsbewusstsein, mit dem sich der Freiburger Sozialdemokrat als unkonventionelles Mitglied der Landesregierung stilisiert.

Berset, erst 51-jährig, hat überraschend angekündigt, sich nach den eidgenössischen Wahlen im Herbst aus dem Bundesrat zurückzuziehen. In seinen zwölf Jahren als Innenminister rang er mit vertrackten Dossiers wie den steigenden Gesundheitskosten oder der Altersvorsorge, wo er wenig Fortschritte erzielte. In den Covid-Krisenjahre erreichte der bekennende Bonvivant als führungsbereiter Landesvater grosse Popularität.

Mitunter verhielt er sich weniger staatsmännisch. Als Hobby-Flugzeugpilot drang Berset unerlaubterweise in den französischen Luftraum ein. Er leistete sich eine aussereheliche Eskapade, die in einen Erpressungsversuch gegen ihn mündete. Diese Affären steckte er nonchalant weg, ohne dass sie seine Beliebtheit in Frage stellten.

Schwerer wog, dass während der Covid-Krise zwischen Bersets Sprecher und dem Vorsitzenden des Medienverlags Ringier vertrauliche Informationen geflossen sein sollen. Berset setzte damit das Vertrauen im Bundesrat aufs Spiel.

Mit seiner Abtrittsankündigung setzt er die Schweizer Politik noch einmal unter Strom. Wenn sich bei den Parlamentswahlen im Oktober Verschiebungen bei den Parteistärken ergeben, könnte die Neubesetzung von Bersets Sitz im Dezember zur Veränderung der Zauberformel im Bundesrat (2 SVP, 2 FDP, 2 SP, 1 Mitte) führen. JÜRGEN STEINER

### Selenski spricht vor Schweizer Parlament

Die Schweiz hat dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodimir Selenski die Möglichkeit gewährt, sich per Video-Schaltung direkt ans Schweizer Parlament zu wenden. Selenski bat in seiner kurzen Rede vom 15. Juni 2023 unter anderem um eine Friedenskonferenz in der Schweiz. In den Tagen vor Selenskis Auftritt häuften sich massive Cyberangriffe prorussischer Hacker auf die IT-Infrastruktur der Schweiz. Die Webdienste von Bundesverwaltung und Parlament sowie zahlreiche offizielle Webseiten von Schweizer Städten wurden lahmgelegt. Kurz zuvor wurden bei Hacking-Angriffen Informationen des Bundesamtes für Polizei, des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit, von Kantonspolizeien und des staatlich beherrschten Rüstungskonzerns Ruag gestohlen. (MUL)

### Die Schweizer EU-Unterhändlerin tritt zurück

Livia Leu, die Schweizer Chefunterhändlerin mit der Europäischen Union (EU), tritt auf eigenen Wunsch zurück. Sie wird im Herbst Botschafterin in Berlin. Der Abgang von Leu nach weniger als drei Jahren im Amt kommt für die Schweiz zu einem heiklen Zeitpunkt: Die Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU über ein neues Abkommen befinden sich in einer wichtigen Phase. Leu hat den Ruf, eine dossierfeste und hartnäckige Diplomatin zu sein. Gleichzeitig galt ihr Verhältnis zu Aussenminister Ignazio Cassis zuletzt als angespannt. Der diplomatische Top-Job ist von vielen Wechseln geprägt: In den letzten zehn Jahren hatten vor Leu schon Roberto Balzaretto, Pascale Baeriswyl, Jacques de Watteville und Yves Rossier den Posten des Chefunterhändlers respektive der Chefunterhändlerin mit der EU inne. (MUL)

### Thomas Zurbuchen beglückt die ETH Zürich

Der ehemalige Forschungschef der US-Raumfahrtbehörde Nasa, der Schweizer Thomas Zurbuchen (55), kehrt zurück in die Schweiz und stellt sich in den Dienst der ETH Zürich. Dort wird er ab August 2023 als Professor für Weltraumwissenschaft und -technologie die Initiative «ETH Zürich Space» leiten. Zurbuchen gilt als einer der einflussreichsten Forscher der Welt und er prägte bei der Nasa die Weltraumwissenschaft entscheidend mit. Laut ETH-Präsident Joël Mesot hat sich Zurbuchen «trotz zahlreicher Angebote von Top-Universitäten aus der ganzen Welt für die ETH Zürich entschieden.» (MUL)

### 100 Millionen aus Russland für Unicef Schweiz

Unicef Schweiz hat eine Spende von 100 Millionen Franken erhalten – und zwar vom dissidenten russischen Journalisten und Nobelpreisträger Dmitri Muratow. Muratow erhielt 2021 den Friedensnobelpreis. Seine unabhängige russische Zeitung «Nowaja Gaseta» musste er auf behördlichen Druck einstellen. Muratow entschied sich dann, seine goldene Nobelpreismedaille in New York zu versteigern. Den gesamten Erlös spendete er an Unicef Schweiz und Liechtenstein. Die Organisation leistet auch in der Ukraine Nothilfe. (MUL)

## Die neuen E-Voting-Tests verlaufen positiv

Die Kantone Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau haben am 18. Juni 2023 ein neues E-Voting-System eingesetzt. Sie sind mit den Testläufen zufrieden. Vor allem Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer haben die digitale Stimmabgabe genutzt.

EVELINE RUTZ

Die Fünfte Schweiz möchte online abstimmen. Das belegt der erste Anwendungstest des neuen E-Voting-Systems. In drei Kantonen hatten Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer am 18. Juni 2023 die Möglichkeit, ihre Stimmen digital abzugeben. Nach einem Stillstand von fast vier Jahren machten sie davon rege Gebrauch. «Sie schätzen es sehr, dass der digitale Stimmkanal nun wieder angeboten wird», sagt Barbara Schüpbach-Guggenbühl, Staatsschreiberin des Kantons Basel-Stadt. In ihrem Kanton haben rund 53 Prozent der im Ausland lebenden Stimmberechtigten, die sich an den Abstimmungen beteiligten, die elektronische Urne gewählt. In St. Gallen waren es 54 Prozent, im Thurgau 56 Prozent.

### Eine erste Bilanz fällt positiv aus

Alle Beteiligten äussern sich zufrieden. Die Stimmberechtigten seien mit dem System gut zurechtgekommen, sagt Benedikt van Spyk, Staatssekretär im

Kanton St. Gallen: «Es gab kaum Supportanfragen.» Von Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizern seien positive Rückmeldungen eingegangen. Der Kanton Thurgau hat ebenfalls gute Erfahrungen gemacht. «Wir sind mit dem Betrieb des E-Votings sehr zufrieden», sagt Staatsschreiber Paul Roth.

Die Post, die das neue System entwickelt hat, die drei Kantone und die Bundeskanzlei werden den Versuchsbetrieb noch detailliert analysieren und allenfalls Anpassungen vornehmen. Wie van Spyk antönt, soll etwa das Anmeldeverfahren vereinfacht werden: «Es stellt eine relativ grosse Hürde dar.»

### Keine Angriffe, keine Manipulationsversuche

Die Post spricht von einer «gelungenen Premiere». Sie hat die Testläufe überwacht und die kantonalen Verantwortlichen vor Ort unterstützt. Es seien keine Unregelmässigkeiten registriert worden, sagt Michael Egger,

Leiter E-Voting bei der Post. «Alle elektronisch abgegebenen Stimmen waren gültig, das Stimmgeheimnis war jederzeit gewahrt und das Ergebnis ist korrekt ausgezählt.» Von Hackerangriffen, wie sie seit Anfang Juni mehrere Schweizer Unternehmen, die Bundeskanzlei sowie andere Behörden erlebt hatten, war das System nicht betroffen. «IT-Sicherheit ist kein Zustand, das ist ein fortlaufender Prozess», betont Egger zugleich. Nach dem «geglückten Start» geht er «fest» davon aus, dass E-Voting auch bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst zum Einsatz kommen wird. Der Entscheid liegt bei den Kantonen.

Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau wollen E-Voting weiter anbieten. Sie haben vom Bundesrat eine Grundbewilligung bis im Mai 2025 erhalten. Für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 haben sie eine separate Zulassung beantragt; die Bewilligungsverfahren laufen. Weitere Kantone werden bis im Oktober nicht hinzukommen. Laut der Bundeskanzlei ist es dafür – unter anderem aus logistischen Gründen – zu spät.

Als «vollen Erfolg» wertet die Auslandsschweizer-Organisation (ASO) die Tests vom 18. Juni. Sie zeigten, dass E-Voting einem Bedürfnis der Fünften Schweiz entspreche. In den drei Kantonen konnten 25 494 Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer elektronisch abstimmen. 3616 taten dies. Aus der Diaspora kamen 85,3 Prozent aller online abgegebenen Stimmen. Das Fazit von ASO-Direktorin Ariane Rustichelli: «Das neue E-Voting-System hat die Bewährungsprobe bestanden.»

Die baselstädtische Staatsschreiberin Barbara Schüpbach-Guggenbühl, hier an einer Medienkonferenz im Vorfeld des Tests, zieht eine positive Bilanz.  
Foto Keystone



Demoversion des E-Voting-Systems:  
[demo.evoting.ch](http://demo.evoting.ch)

Mehr zum Thema siehe Seite 35

# Die Schweiz will bis 2050 klimaneutral werden

Mit fast 60 Prozent Zustimmung stellten sich die Schweizer Stimmberechtigten am 18. Juni 2023 klar hinter das Klimaschutz-Gesetz. Es verankert den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energieträgern wie Erdöl und Gas. Doch um die CO<sub>2</sub>-freien Alternativen zeichnen sich neue Konflikte ab.

THEODORA PETER

«Die Bevölkerung hat ein ambitioniertes Ziel gesetzt», erklärte Bundesrat Albert Rösti (SVP) nach dem Urnengang. Der Energie- und Umweltminister – erst seit Januar Mitglied der Landesregierung – vertrat das vom Parlament beschlossene Klimaschutz-Gesetz gegen den Willen seiner Partei. Die SVP sah bei einer Abkehr von Öl und Gas die sichere Energieversorgung der Schweiz in Gefahr und bekämpfte das «Stromfresser-Gesetz» per Referendum. Die Mehrheit des Stimmvolks folgte aber der Ja-Parole aller anderen Parteien: 59,1 Prozent bekannten sich zum Erreichen der Klimaneutralität bis ins Jahr 2050. Die Auslandschweizerinnen und -schweizer stellten sich gar zu 76,8 Prozent hinter dieses Ziel.

## Schub für erneuerbare Energien

Das Klimaschutz-Gesetz schreibt vor, dass Industrie, Verkehr und Privathaushalte den Ausstoss umweltschädlicher Treibhausgase in den nächsten drei Jahrzehnten stark reduzieren müssen. Nötig sind im Gegenzug massive Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Technologien. Das Parlament stellt dafür Fördergelder in der Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden Franken zur Verfügung. Dadurch sollen etwa Hausbesitzende motiviert werden, ihre klimaschädliche

Öl- oder Gasheizung durch eine Wärmepumpe zu ersetzen. Auf den Strassen werden zunehmend Elektrofahrzeuge die heutigen Benzin- und Dieselkarossen ablösen. Industrie und Gewerbe müssen auf eine klimaschonende Produktion umstellen.

Für Umwelt- und Energieminister Rösti ist das sogenannte Netto-null-Ziel jedoch nur dann zu erreichen, wenn die Schweiz mehr einheimischen Strom produziert. «Wir können uns nicht einfach auf Importe verlassen.» Rösti hofft darauf, dass das Parlament das neue Gesetz über eine sichere Stromversorgung noch im September verabschiedet. Mit der Vorlage sollen Wasserkraft, Sonnen- und Windenergie mehr Schub erhalten. In der politischen Debatte ist jedoch umstritten, wie weit neue Staumauern, Windräder oder Solarkraftwerke Natur und Landschaft beeinträchtigen dürfen. Je nach Ausgang der Parlamentsberatung könnte es auch bei diesem Gesetz zu einem Referendum kommen – und in der Folge zu einer weiteren Volksabstimmung.

## Forderung nach neuen AKW

Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände zweifeln, ob die erneuerbaren Energien den Strombedarf der Schweiz künftig decken werden. Noch am Abstimmungs-

Das neue Klimaschutzgesetz verleiht auch neuen, grossen Solar- und Windprojekten mächtig Schub. Kontrovers debattiert wird deren Einfluss auf Natur und Landschaft. Im Bild: Europas höchstgelegener Windpark, am Griessee (VS) unweit des Nufenenpasses.

Foto Keystone



sonntag kamen deshalb Forderungen nach neuen Atomkraftwerken aufs Tapet. Auf die «klimaschonende» Energie aus der Kernspaltung dürfe man nicht leichtfertig verzichten, so der Tenor bei FDP und SVP. Nur: Der Bau neuer Kernkraftwerke ist in der Schweiz seit 2017 gesetzlich verboten. Damals hiess das Stimmvolk die Energiestrategie 2050 gut – inklusive Ausstieg aus der Atomkraft.

Doch die Dringlichkeit des Klimawandels sowie die Sorgen um genügend Strom könnten für ein Umdenken sorgen – und den geplanten Atom-Ausstieg zumindest verzögern. So plädiert auch SVP-Bundesrat Röstli dafür, die bestehenden Schweizer AKWs noch möglichst lange laufen zu lassen, «solange die Sicherheit gewährleistet ist». Dazu wären aber teils kostspielige Nachrüstungen nötig. Offen ist, ob die AKW-Betreiber dieses Geld überhaupt investieren wollen. 2019 nahm der Energiekonzern BKW das Atomkraftwerk Mühleberg vom Netz, weil sich dessen Weiterbetrieb wirtschaftlich schlicht nicht mehr lohnte.

Auch mit der Atomfrage dürfte sich das Stimmvolk in ein paar Jahren erneut beschäftigen. Ein bürgerliches Komitee sammelt unter dem Titel «Blackout stoppen» Unterschriften für eine Volksinitiative, die das geltende AKW-Verbot rückgängig machen will. So sollen in der Verfassung «alle klimaschonenden Arten» der Stromerzeugung als zulässig erklärt werden. Auf linker Seite hat man für die «ideologische Verklärung» der Atomkraft nur ein Kopfschütteln übrig. Wenn man die erneuerbaren Energien wie vorgesehen ausbaue, komme es auch im Winter zu keiner Stromlücke, betont Energiepolitiker und SP-Nationalrat Roger Nordmann. Bei den linksgrünen Parteien sieht man nebst Wasser- und Windkraft ein grosses, bislang ungenutztes Potenzial bei Solaranlagen auf Gebäuden.

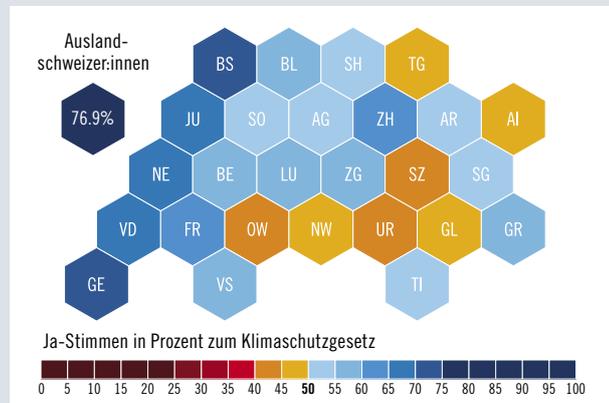
### Klima-Allianz will mehr Tempo

Gewinnerin des Abstimmungssonntags ist die überparteiliche Klima-Allianz. Beflügelt vom Volks-Ja erwartet sie nun von der Schweiz, «ihre Ambitionen zu erhöhen». Mehr Elan fordern die Klimaschützer insbesondere bei der anstehenden Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Die Vorlage, die derzeit vom Parlament beraten wird, reiche nicht aus, um die Klimaschutz-Ziele rechtzeitig zu erreichen. In der Verantwortung sieht die Klima-Allianz auch den Finanzplatz. Schweizer Banken sollen «klimazerstörerische Grosskonzerne» zum Umdenken und Handeln bringen. Ihren Forderungen Nachdruck verleihen will die Bewegung am 30. September mit einer Klimademo auf dem Bundesplatz in Bern – drei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen.

Am Urnengang vom 18. Juni – dem letzten im Wahljahr 2023 – kamen zwei weitere Vorlagen zur Abstimmung (siehe Grafik rechts). Auch dabei folgten die Stimmberechtigten der Empfehlung von Regierung und Parlament. Sie sagten sowohl Ja zur Einführung einer globalen Mindeststeuer für Grosskonzerne wie auch zu einer vorsorglichen Verlängerung des Covid-Gesetzes bis Ende 2024.

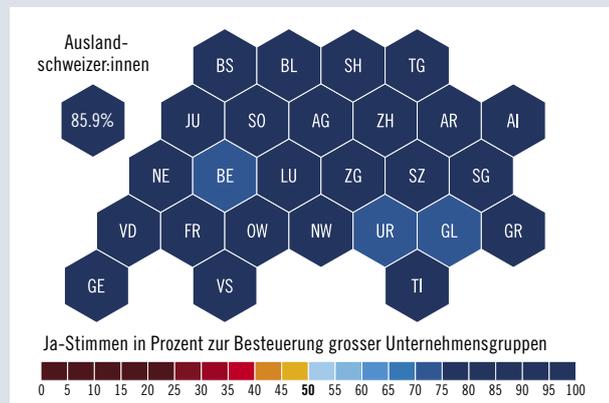
### Ja zum Klimaschutz-Gesetz

Die Stimmberechtigten sagten zu 59,1 Prozent Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit. Dadurch soll die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden.



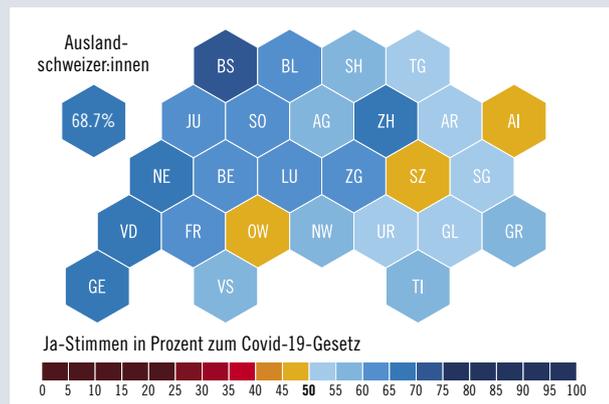
### Ja zur globalen Mindeststeuer

Mit 78,5 Prozent stellte sich eine Mehrheit hinter die Einführung einer Mindestbesteuerung für grosse international tätige Unternehmensgruppen. Mit der Reform beteiligt sich die Schweiz an einem Projekt von OECD und G20.



### Ja zur Verlängerung Covid-19-Gesetz

61,9 Prozent stimmten einer vorsorglichen Verlängerung des Covid-19-Gesetzes bis Ende 2024 zu. Dadurch könnten im Bedarfsfall die Covid-Zertifikate reaktiviert werden – zum Beispiel für Einreisen in andere Länder.





Sie trägt den für Museen herausfordernden Prozess des «Entsammelns» in die Öffentlichkeit – mit Plakaten, Informationsveranstaltungen und demokratisch abgestützter Mitwirkung. Carmen Simon, Leiterin des Regionalmuseums in Langnau (BE). Fotos Andreas Reber



## Ein Museum «entsammelt»

Von Hüten über Hemdkragen bis zu Hosenträgern: Im Emmental entscheidet die Bevölkerung in einem Pionierprojekt, welche Objekte ihr Regionalmuseum aussondert und was damit geschieht. Es demokratisiert damit ein Vorgehen, das jedes Museum kennt: die Deakzession, also den Abbau der eigenen Sammlung.



EVA HIRSCHI

«Das ist ein Tabuthema», sagt Carmen Simon, Leiterin des Regionalmuseums Chüechlihus in Langnau im Emmental (BE). «Aber dass ein Museum Objekte aus der Sammlung entlassen muss, ist nicht neu.» Eigentlich ist es nicht überraschend – kein Museum kann grenzenlos sammeln. Gerade in einem Regionalmuseum, in welchem die grosse Mehrheit der Objekte aus Schenkungen stammt, sind einige Gegenstände vielleicht mehrfach vorhanden, andere womöglich beschädigt. Und eines Tages sind die Lager voll.

«Zu einer sorgfältigen Sammlungspflege gehört deshalb nicht nur das Sammeln, sondern auch das Entsammeln», sagt die 37-jährige Carmen Simon, die die Museumsdirektion 2021 übernommen hat. Museen müssen regelmässig ihr Inventar überprüfen und sich gegebenenfalls von Einzelstücken trennen. «Deakzession» heisst dieser Prozess.

### Pioniergeist im Emmental

Das Chüechlihus in Langnau, eines der grössten Regionalmuseen der Schweiz, geht dabei innovative Wege: In einem europaweit, wenn nicht sogar weltweit einzigartigen Projekt lässt es die Bevölkerung entscheiden, was das Museum weggibt und was mit den Objekten geschieht. «Wir finden, die Emmentalerinnen und Emmentaler sollen mitbestimmen, was mit ihrem Kulturerbe geschieht», sagt Carmen Simon. Der Gemeinderat gab grünes Licht: «Die Erklärungen leuchteten ein: Ein Museum braucht nicht 20 Gehstöcke und 12 Spinnräder», sagt der Kulturverantwortliche Martin Lehmann. Zylinder und Nachthemden, Schürzen und Hemdkragen,

Trachten und Foulards: Über 2000 Textilien hat die Museumsleitung zusammen mit dem sogenannten Objektirat in einem ersten Schritt ausgesondert. Neben der Vertretung aus Museum, Verwaltung und Politik sitzen auch fünf zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger aus Langnau in diesem Gremium. Darunter die 36-jährige Jacqueline Maurer: «Ich sagte sofort zu – ich finde es spannend, an diesem Prozess teilzuhaben.»

In einer Sitzung haben sie die Auswahl diskutiert, gleichzeitig konnten sich auch die Bevölkerung und die Heimatberechtigten mittels Online-Abstimmung auf [www.entsammeln.ch](http://www.entsammeln.ch) beteiligen. Dafür wurden alle Objekte fotografiert und auf der Website publiziert. Zudem sind sie für alle zugänglich im Dachstock des Museums ausgestellt – mittels QR-Codes gelangt man zur Beschreibung jedes einzelnen Kleids, Huts, Mantels. «Die Idee ist, dass die Bevölkerung sich aktiv damit auseinandersetzt. Dass man hier – anders als in anderen Museen – die Objekte sogar anfassen kann, soll die Beziehung weiter stärken», sagt Simon.

### Auch kritische Stimmen

Der demokratisierte Entscheidungsweg stiess auch auf Kritik. «Gerade in der Museumsszene waren anfangs viele skeptisch», so Simon. Der Skeptis hielt sie Transparenz entgegen: Auf der Homepage ist der ganze Prozess klar dokumentiert. Zwar verlangen die Richtlinien des internationalen Museumsrats unter anderem, dass ein ausgesondertes Objekt zuerst einem anderen Museum angeboten werden soll. Simon jedoch ist der Meinung, dass ein Objekt nicht nur in einem Museum öffentlich erhalten

Trennt sich das Museum von Sammelgut, entsteht in Langnau etwas Flohmarktstimmung: Antike Möbel, historische Textilien und Geschirr mit Geschichte aus dem Museumsfundus.

Fotos Andreas Reber (links) und Eva Hirschi (rechts)



bleibt. «Wir legen die Richtlinien grosszügig aus», sagt sie. Und fügt schnell hinzu: «Professionelle Bewerbungen von Museen werden aber bevorzugt behandelt.»

Auch für Jacqueline Maurer ist das Projekt keineswegs problematisch. «Das Museumsteam hat ja nur Dinge ausgesondert, die schon in der Sammlung vertreten sind. Die Aktion hilft zudem, dass man sich das Museum wieder in Erinnerung ruft.» Dies scheint zu funktionieren: Die öffentliche Konsultation hat auch dazu geführt, dass neue Informationen an das Museum herangetragen wurden. So wurden einzelne Kulturgüter schlussendlich doch nicht ausgesondert.



Carmen Simons  
Ansatz beim Entsameln: «Die Emmentalerinnen und Emmentaler sollen mitbestimmen, was mit ihrem Kulturerbe geschieht.»  
Foto Eva Hirschi

«Wir haben zwar die fachliche Expertise und wissen, welche Funktion ein gewisses Objekt hatte. Aber teilweise wissen wir nicht, wem es gehört hatte und wer der Besitzer war», sagt Carmen Simon. Ein ausgesonderter Arbeitsmantel etwa wurde wieder in die Sammlung zurückgenommen. «Für uns war das einfach ein zerrissener Kittel. Jetzt haben wir aber erfahren, dass er einem bekannten Radioreparateur gehört hatte, den jeder im Dorf kannte», sagt Simon. Der Objektrat wollte den Mantel behalten.

## Mehr als ein Museum

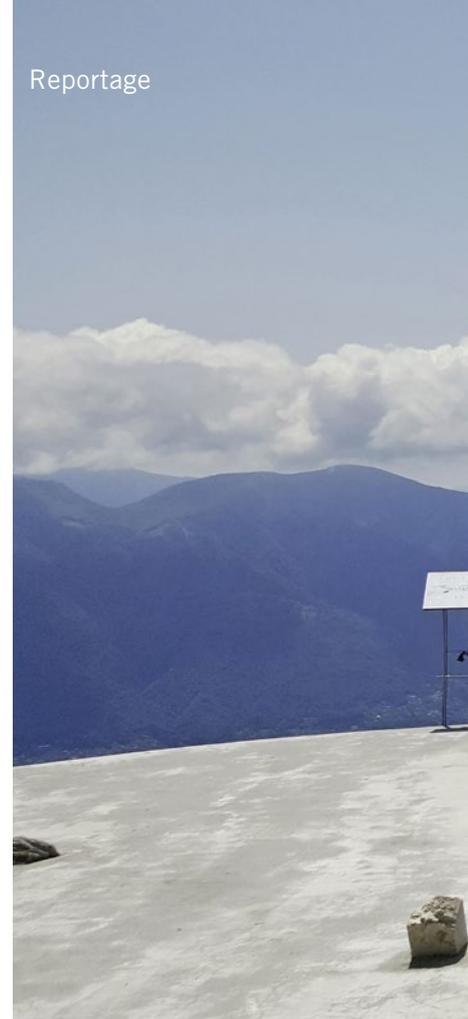
Über den Sommer lief schliesslich die Vergabungsphase, in welcher die Zukunft der Objekte ausgehandelt wird. Doch nicht etwa durch eine Auktion oder gar Online-Shopping – es fliesst kein Geld –, sondern als aufwändige

Bewerbung. Museen, Organisationen oder Einzelpersonen – auch ausserhalb der Region, sogar aus dem Ausland – können sich für ein bestimmtes Objekt bewerben. Ob Upcycling-Projekt, Kunstaktion oder Wohnungsdekoration: Bedingungen gibt es keine. Wer was erhält, wird wiederum gemeinsam entschieden; in Kürze – Mitte August – gibt es eine Abstimmung im Objektrat, in welchem die Stimmen der Bevölkerung von einer weiteren Online-Abstimmung miteinfließen.

Der ganze Prozess ist aufwändig, über ein halbes Jahr dauert die Entrümpelungsaktion. Doch Simon sieht das als gerechtfertigt, denn: «Diese Objekte sind uns anvertraut worden. Eine Sorgfaltspflicht gehört zu meiner Berufsethik.» Die anfängliche Skepsis in der Bevölkerung scheint verflogen, auch in der Museumsszene wächst das Interesse. Es kommen sogar schon Anfragen aus dem Ausland, die wissen wollen, wie das Projekt organisiert ist.

Die Museumschefin ist sehr zufrieden. Dies ist bereits die zweite Runde, eine erste Entsammlungsrunde hat das Museum letztes Jahr durchgeführt, wenn auch mit nur gut hundert Gegenständen. Und für 2024 ist wieder eine Entsammlungsrunde geplant. Gemäss einer Umfrage, die das Museum bei den Abstimmenden gemacht hat, fühlen sich viele nun stärker mit dem Museum verbunden. «Genau das ist die Idee: Das Museum soll nicht in den eigenen vier Wänden bleiben. Wichtig ist, dass eine Beziehung hergestellt wird. Es geht nicht um die Objekte, sondern um die Menschen», sagt Simon.

Die Langnauerin Jacqueline Maurer stimmt zu: «Ich hatte vergessen, dass wir in dieser Region so viel Spannendes haben und wir stolz sein können, Emmentalerinnen und Emmentaler zu sein.» Denn das Ziel dieser Aktion ist nicht einfach, Platz im Keller zu schaffen – sondern viel eher Platz in den Herzen der Bevölkerung.



GERHARD LOB

Das Tessin gilt als Sonnenstube der Schweiz. Tatsächlich scheint die Sonne im Südkanton besonders häufig. Allerdings gibt es mit dem Wallis einen erbitterten Kampf um die Spitzenposition als sonnenreichster Kanton. Mal liegt nämlich ein Walliser Ort vorne, mal ein Tessiner. Im langjährigen Mittel obsiegt aber das Tessin, wie eine Langzeitstatistik von Meteo Schweiz für die Jahre 1990 bis 2020 aufzeigt. In den Top-Ten-Destinationen für Sonnenschein liegen deren fünf im Tessin. Auf Platz eins kommt Cardada-Cimetta, der Hausberg Locarnos, mit einer mittleren Sonnenscheindauer von 2256 Stunden pro Jahr. Die Walliser Hauptstadt Sitten folgt mit 2192 Stunden.

Cimetta auf 1670 Metern Höhe ist daher nicht zufällig ein beliebter Ausflugsberg, der von Einheimischen und Touristen besucht wird. Er lässt sich bequem auf dem Luftweg erreichen. Von Orselina (395 m) schwebt die Kabine einer Seilbahn zuerst nach Cardada (1340 m), einer Bergsiedlung

# Der Sonnenberg

An keinem Ort der Schweiz scheint die Sonne mehr Stunden als in Cardada-Cimetta ob Locarno. Dies lockt auch Sonnenforscher und Sonnenforscherinnen an. Eine Erkundung.



Die Sonnenterrasse der Extreme: Hier, auf dem Hausberg von Locarno, scheint die Sonne im Schnitt 2256 Stunden pro Jahr. Die Terrasse liegt da, wo die Kontinentalplatten Europas und Afrikas aufeinandertreffen. Foto Gerhard Lob

mitsamt Kirchlein und zwei Gastrobetrieben, wo viele Locarnesi eine Zweitresidenz besitzen. Im Jahr 2000 wurde die Seilbahn vom Stararchitekten Mario Botta renoviert – er verpasste der Tal- und Bergstation ein neues Design. Die Türen zur Kabine öffnen und schliessen sich seither automatisch. Wer in Cardada aussteigt, atmet förmlich eine andere Luft. Gerade jetzt, im Sommer, wenn es in Locarno stickig-heiss ist, wirkt die Frische von Cardada wie eine Befreiung. Die gut 300 Höhenmeter zwischen Cardada und Cimetta lassen sich schliesslich in einem Sessellift zurücklegen, dem letzten Quersessellift der Schweiz, einer Art Industriedenkmal aus den 1950er-Jahren. Das Panorama ist fantastisch.

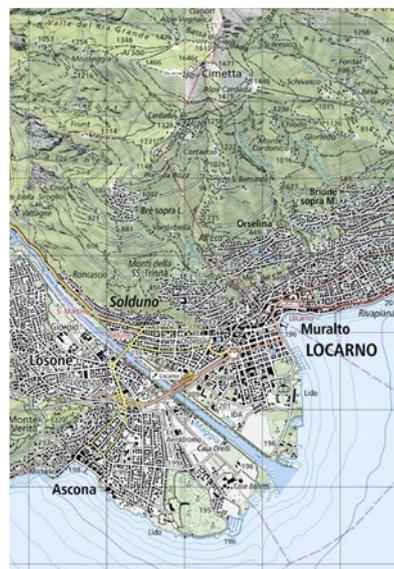
Von der Bergstation gilt es nun einige wenige Höhenmeter zu Fuss zurückzulegen, um die Aussichtsplattform Cimetta zu erreichen. Von hier eröffnet sich ein unglaublicher Rundblick über den Lago Maggiore bis hin zur Dufourspitze in den Walliser Alpen und damit vom tiefsten bis zum



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

**Heute: Der sonnigste Flecken der Schweiz – samt seiner Schattenseite**

höchsten Punkt der Schweiz. Quer über die Aussichtsplattform verläuft die sogenannte «insubrische Linie», welche die Zentralalpen von den Südalpen trennt. Etwas überspitzt gesagt: Hier liegt die Grenze zwischen Nord- und Südtessin, zwischen den Kontinentalplatten Europas und Afrikas. Diese Linie ist dank einer roten Markierung auf der Plattform sichtbar.



© Swisstopo

Direkt unterhalb dieses Aussichtspunkts stehen unübersehbar einige Messinstrumente von Meteo Schweiz. Genau dort wird die Sonnenscheindauer gemessen, wie der Meteorologe Nicola Gobbi erklärt. Er arbeitet für die «Wetterstation Locarno», wie die Aussenstelle von Meteo Schweiz in Locarno-Monti lange im Volksmund genannt wurde. Auf dem Dach der Meteorologischen Anstalt zeigt er das moderne Messgerät SPN-1, das zur Messung der Sonnenscheindauer heute verwendet wird, aber auch das ältere Messgerät Solar 111 B der Firma Hänni, das in Cimetta noch eingesetzt wird. Durch schnell rotierende Flügel werden bei diesem Gerät die Solarzellen nacheinander in kurzen Abständen abgeschattet. Als Sonnenschein werden alle Zeitpunkte gemessen, bei welchen eine minimale Differenz zwischen der ungestörten Einstrahlung und dem Wert bei Abschattung überschritten wird.

In der ganzen Schweiz gibt es rund 260 solcher automatischer Messstationen, die zusammen das Bodenmess-



Michele Bianda vom Solarforschungsinstitut IRSOL klettert am Spektrografen hoch. Foto Gerhard Lob



Die Winterdestination wird mehr und mehr zur Wanderdestination. Fast alle Skilifte auf dem «Sonnenberg» sind abgebaut worden. Foto ascona-locarno.com

netz SwissMetNet bilden. Mit Meteo Schweiz erhält der Sonnenschein am Hausberg Locarnos ein wissenschaftliches Gesicht. Denn hier werden Statistiken erstellt und Wetterdaten ausgewertet. Aber nicht nur: Im Garten des meteorologischen Instituts befindet sich die Specola Solare Ticinese, ein Sonnenobservatorium. Es wurde 1957 gegründet, im Internationalen Geophysikalischen Jahr. Es erhebt die Sonnenflecken-Relativzahl («Wolfsche Relativzahl») und war bis 1980 Teil der Eidgenössischen Sternwarte an der ETH Zürich. Seither wird es von einem privaten Verein betrieben und liefert die Daten an die nun für die Verbreitung der Sonnenflecken-Relativzahl zuständige Königliche Sternwarte von Belgien. Ein Kuriosum: Die Karten mit den Sonnenflecken werden noch von Hand gezeichnet.

Etwas weiter bergwärts befindet sich etwas versteckt im Grünen ein weiteres Sonnenforschungsinstitut, das «Istituto Ricerche Solari Locarno» (IRSOL), das auf Sonnenphysik spezialisiert ist. Gegründet wurde das IRSOL im Jahr 1960 von der deutschen Universität Göttingen und von ihr auch bis 1984 betrieben. Verschiedene Standorte in Europa waren ge-

prüft worden, am Ende schien Locarno wegen seiner Position und den vielen Sonnenstunden am geeignetsten. In den 1990er-Jahren gab es Partnerschaften mit verschiedenen Universitäten, insbesondere mit der ETH Zürich. Heute ist das IRSOL mit der Universität der italienischen Schweiz (USI) assoziiert. «Dank des Spezialgeräts Zimpol gelingt es, die Polarisierung des Sonnenlichts mit einer sehr hohen Präzision zu messen», sagt Michele Bianda, langjähriger, aber mittlerweile pensionierter IRSOL-Direktor, bei der Führung durch das Institut an dem sonnenbeschiedenen Hang.

### Ein Sonnenfleck für die Wissenschaft

Locarno-Cardada-Cimetta ist also nicht nur touristisch ein Sonnenfleck, sondern auch für die Wissenschaft. Die lange Sonnenscheindauer in Verbindung mit den steigenden Temperaturen hat aber auch ihre Schattenseiten. Lange war Cardada-Cimetta nämlich eine Winterdestination. Das Skifahren auf dem Berg mit dem darunter liegenden Lago Maggiore war ein einmaliges Erlebnis. Und ein erster Skilift wurde noch vor der Luftseil-

bahn gebaut. Doch Schneefall ist in diesen mittleren Höhen immer seltener. 2019 kam der Entscheid, den Winterbetrieb einzustellen. Inzwischen sind fast alle Skilifte abgebaut, auch weil der Unterhalt bei seltenem Betrieb zu teuer ist. Cimetta ist zu einer Sommerdestination geworden. Im Winter kommen Spaziergänger, Schneeschuhläufer oder Tourenskifahrer individuell auf den Sonnenberg, wenn es dann doch mal schneit.

Sonnenschein ist gut für Seele und Körper. In der Vermarktung von Cardada-Cimetta spielt der Sonnenschein aber erstaunlicherweise keine so grosse Rolle, auch wenn die Sonne im grafischen Logo der Destination erscheint. Gepusht wird der Berg als Erlebnisraum und Wanderparadies für die ganze Familie. In den Pionierzeiten des Tessiner Tourismus Ende des 19. Jahrhunderts, als die Gotthardbahn eröffnete, war dies noch anders. Damals waren auf einigen offiziellen Werbeplakaten noch die Sonnenstunden für Locarno und Lugano verzeichnet, und daneben solche für London und Hamburg. Inzwischen gilt das Klischee des Tessins von der «Sonnenstube der Schweiz» als etwas abgegriffen.

# Wohin soll die Schweiz in den nächsten vier Jahren steuern?

## Die grosse Umfrage zu den Wahlen 2023

THEODORA PETER UND MARC LETTAU

In rund zwei Monaten, am 22. Oktober 2023, wählen die Schweizerinnen und Schweizer ein neues Parlament. Die 246 vom Volk gewählten Mitglieder von National- und Ständerat prägen in den nächsten vier Jahren den politischen Kurs des Landes. Und sie wählen im Dezember die sieben Mitglieder der Landesregierung für eine neue Amtsperiode. Gemäss einem ungeschriebenen Gesetz – der sogenannten «Zauberformel» haben die drei wählerstärksten Parteien Anspruch auf je zwei Sitze, die viertstärkste Partei auf einen Sitz im Bundesrat. Je nach Abschneiden der bisherigen Regierungsparteien SVP, SP, FDP und Mitte bei den Parlamentswahlen könnten diese Karten neu gemischt werden. Für Spannung sorgt auch, dass mit dem angekündigten Rücktritt von Alain Berset (SP) ein Regierungssitz vakant wird (siehe dazu auch Seite 8). Die sechs bisherigen Bundesrätinnen und Bundesräte stellen sich erneut zur Wahl.



### Schlüsselrolle des Parlamentes

Bundesrat und Parlament beschliessen Gesetze, und sie stellen die Weichen für Entscheide, die den Alltag der Bevölkerung und die Perspekti-

ven künftiger Generationen prägen. In der direkten Demokratie können die Stimmberechtigten zwar durch Referenden und Initiativen Einfluss auf den politischen Kurs nehmen. Dennoch spielt die Zusammensetzung des Parlaments eine Schlüsselrolle zur Frage, wohin die Reise gehen soll. In den nächsten Jahren steht die Schweiz sowohl innen- wie aussenpolitisch vor grossen Herausforderungen: Wie positioniert sich das Land in Europa? Muss die Neutralität angesichts des Angriffskriegs Russlands neu definiert werden? Wie lassen sich die Ziele beim Klimaschutz erreichen? Aus welchen Quellen deckt die Schweiz künftig ihren Energiebedarf? Wie lässt sich die Altersvorsorge langfristig finanziell sichern?

### Sechs Parteien auf dem Prüfstand

Im Hinblick auf die Wahlen hat die «Schweizer Revue» den sechs grössten Parteien auf den Zahn gefühlt. Wir wollten wissen, wie sich SVP, SP, FDP, Mitte, Grüne und Grünliberale zu zentralen Fragen in den Bereichen Umwelt und Energie, Neutralität und Aussenpolitik, Gesellschaft und Innenpolitik positionieren. Einen zusätzlichen Fokus legten wir bei der Umfrage auf die Anliegen der Fünft-

Schweiz: Wie stellen sich die Parteien zur Ausübung der politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer? Soll das elektronische Abstimmen – das E-Voting – vorangetrieben werden? Und schliesslich die Gretchenfrage: Warum sollen im Ausland lebende Bürgerinnen und Bürger die jeweilige Partei wählen?

Die Antworten auf die teils kniffligen Fragen lesen Sie auf den folgenden Seiten 18 bis 23. Zusätzliche Fragestellungen und Antworten finden sich online – samt dem umfangreichen «Revue»-Dossier mit allen bisher erschienenen Artikeln zu den Wahlen 2023. Auf Seite 24 folgen schliesslich die Namen der in der Fünft- Schweiz lebenden Kandidaten und Kandidatinnen, die sich für einen Sitz im Nationalrat bewerben – samt der Erklärung, warum für sie die Hürde auf dem Weg ins Parlament besonders hoch ist.

Vertiefung

Der Blick der grossen Parteien auf die Fünfte Schweiz: [revue.link/parteien](https://www.revue.link/parteien)

Wen wählen? Und wie? – Wahlhilfen im Überblick: [revue.link/wahlhilfen](https://www.revue.link/wahlhilfen)

Das Wahldossier der Auslandschweizer-Organisation: [www.elections-2023.ch](https://www.elections-2023.ch)



## Schweizerische Volkspartei SVP

Konservativ-nationalistische Rechtspartei, seit 2003 wählerstärkste Partei.  
 Parteistärke 2019: 25,6 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 53 Sitze im Nationalrat, 7 Sitze im Ständerat,  
 2 Sitze im Bundesrat.  
[www.svp.ch](http://www.svp.ch)



Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

## Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Einzige linke Partei in der Landesregierung,  
 Wurzeln in der Arbeiterbewegung.  
 Parteistärke 2019: 16,8 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 39 Sitze im Nationalrat, 7 Sitze im Ständerat,  
 2 Sitze im Bundesrat.  
[www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch)

## FDP Die Liberalen

### FDP – Die Liberalen

Seit der Fusion von 2009 mit der Liberalen  
 Partei unter dem Label «FDP.Die Liberalen».  
 Parteistärke 2019: 15,1 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 29 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat,  
 2 Sitze im Bundesrat.  
[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

### Das am 18. Juni 2023 vom Volk gutgeheissene Klimaschutzgesetz weist den Weg für eine klimaneutrale Schweiz bis im Jahr 2050. Braucht es zusätzliche Massnahmen zum Schutz des Klimas?

**Nein.** In einer freien Marktwirtschaft braucht es keine staatlichen Massnahmen, sondern eine Verstärkung der Energieforschung. Um die sichere Stromproduktion sicherzustellen, braucht es zudem neue Kernkraftwerke der vierten Generation sowie ein System zur Wiederverwertung abgebrannter Brennelemente.

**Ja.** Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir den Umbau des Energiesystems in Richtung erneuerbare Energien schneller vorantreiben: Die Energieeffizienz muss gesteigert, die Gebäudesanierung beschleunigt, der öffentliche Verkehr gestärkt, der Finanzplatz reguliert und in Verantwortung genommen sowie der Energiekonsum auf ein vernünftiges Mass reduziert werden.

**Ja.** Sofern es liberale Lösungen sind, um die Klimaziele zu erreichen. Dazu gehören Zielvereinbarungen und Emissionshandelssysteme mit der Industrie sowie Massnahmen im Gebäude- und Mobilitätsbereich. Überall sind technologieneutrale Lösungen anzustreben.

### Der Bau neuer Kernkraftwerke ist in der Schweiz gesetzlich verboten. Soll das 2017 vom Volk beschlossene Verbot aufgehoben werden?

**Ja.** Dieses Verbot wurde vom Volk unter dem Einfluss der schweren Störfälle im japanischen Kernkraftwerk Fukushima beschlossen und ist rückgängig zu machen. Dieses Unglück ist für die Schweiz und die Sicherheit unserer Kraftwerke nicht relevant.

**Nein.** Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat sich die Schweiz zusammen mit den anderen Staaten dazu verpflichtet, ihr Möglichstes zu tun, um die Klima-Erhitzung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das setzt den raschen und konsequenten Ausstieg aus fossilen Energien und aus der Atomkraft voraus.

**Weder Ja noch Nein.** Neben dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien braucht die Schweiz zwingend neue Grosskraftwerke, um mit genügend Bandenergie die Versorgungssicherheit der Schweiz auch im Winter zu gewährleisten.

### Im Zuge des Ausbaus der Solarenergie, der Windenergie und der Wasserkraft werden Natur- und Landschaftsschutzanliegen zunehmend zurückgestellt. Ist dies vertretbar?

**Weder Ja noch Nein.** Es ist zu unterscheiden, ob der Ausbau bestehende Anlagen wie zum Beispiel Staudämme oder bereits existierende Anlagen auf vorhandenen Gebäuden betrifft, welche die Natur heute schon tangieren, oder ob es sich um neue Anlagen handelt, welche den Natur- und Landschaftsschutz schwer belasten.

**Ja.** Die SP hat aber mehrfach konkret aufgezeigt, wie man die erneuerbaren Energien im Bereich Wasser, Wind und Sonne ohne Kahlschlag beim Umweltschutz rasch ausbauen kann. Es ist möglich, den Ausbau der Erneuerbaren ohne irreversible Schädigung der Biodiversität massiv zu beschleunigen.

**Ja.** Es braucht einen raschen Ausbau der Stromkapazitäten. Behörden und Stromunternehmen sind gefordert, den Zubau von erneuerbaren Energien voranzutreiben und die vereinfachten Bewilligungsverfahren anzuwenden. Die Blockadepolitik von Linksgrün und Umweltverbänden ist kontraproduktiv.

Für die Umfrage nicht berücksichtigt wurden EVP (3 Sitze im Nationalrat), PdA (1 Sitz), Solidarités (1 Sitz), EDU (1 Sitz), Lega (1 Sitz).  
 Im Ständerat sitzt 1 Parteiloser.



## Die Mitte

2021 aus der Fusion von CVP und BDP entstanden.  
 Parteistärke 2019 (kumuliert): 13,8 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 28 Sitze im Nationalrat, 14 Sitze im Ständerat,  
 1 Sitz im Bundesrat.  
[www.die-mitte.ch](http://www.die-mitte.ch)



## Grüne Schweiz

Linke Partei mit Wurzeln in der AKW-Bewegung. Parteistärke 2019: 13,2 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 28 Sitze im Nationalrat, 5 Sitze im Ständerat,  
 im Bundesrat nicht vertreten.  
[www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



## Grünliberale Partei (GLP)

2007 aus einer rechten Abspaltung von den Grünen entstanden.  
 Parteistärke 2019: 7,8 %.  
 Aktuelles politisches Gewicht:  
 16 Sitze im Nationalrat, 0 Sitze im Ständerat,  
 im Bundesrat nicht vertreten.  
[www.gruenliberale.ch](http://www.gruenliberale.ch)

**Ja.** Das Klimaschutzgesetz setzt das Netto-null-Ziel des Pariser Klimaabkommens in der Schweiz um. Mit einem Impulsprogramm bei Wohnhäusern, Reduktionszielen für Emissionen und der Förderung von Innovationen ist es ein griffiges und ausgewogenes Paket. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, weitere demokratisch legitimierte Schritte werden folgen müssen.

**Ja.** Das Gesetz legt Ziele für den Klimaschutz fest und fördert wichtige Massnahmen. Es braucht aber mehr Geld. Darum haben die Grünen die Klimafonds-Initiative mitlanciert: Jährlich soll der Bund 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Schutz von Klima und Natur zur Verfügung stellen.

**Ja.** Sie sind notwendig, um die Ziele im Gesetz effektiv zu erreichen. Mit unserer grünliberalen 4E-Strategie (Effizienz, Erneuerbare, Energiespeicher und Europa) engagieren wir uns für intelligente Massnahmen, welche Ökologie optimal mit Ökonomie verbinden und die Versorgungssicherheit gewährleisten.

**Nein.** Den Bau neuer Kernkraftwerke lehnen wir ab. Stattdessen soll die Versorgungssicherheit durch rasch umsetzbare, realistische und pragmatische Lösungen mit dem Fokus auf einheimische und erneuerbare Energien gewährleistet werden, damit wir die Energiewende schaffen und unsere Energieabhängigkeit vom Ausland reduzieren.

**Nein.** Bis neue AKW Strom produzieren, vergehen Jahrzehnte, und es werden Milliarden blockiert. Auch bringen AKW grosse Sicherheitsrisiken mit sich, und das Abfallproblem ist und bleibt ungelöst. Es gibt gute, günstigere und schneller verfügbare erneuerbare Alternativen wie Solarenergie und Wind.

**Nein.** Die Energieversorgung kann mit erneuerbaren Energien gesichert werden. Die Kernkraft birgt grosse Risiken und bringt die ungelöste Problematik der Entsorgung mit sich. Unsere 4E-Strategie (Effizienz, Erneuerbare, Energiespeicher und Europa) ist klar die bessere Alternative. Die Kernforschung unterstützen wir hingegen.

**Ja.** Die Schweiz hat sich mit dem Klimaschutzgesetz für das Netto-null-Ziel bis 2050 entschieden. Deshalb hält es die Mitte für vertretbar, bestimmte Projekte zur Gewinnung von erneuerbarer Energie wie den Ausbau von Staudämmen oder die Solaroffensive zu priorisieren.

**Nein.** Energiewende und Biodiversität gehören zusammen. Wir Grünen setzen uns für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Einklang mit der Natur ein: Stopp der Stromverschwendung, und auf alle geeigneten Dächer, Fassaden und Infrastrukturen gehören Solaranlagen. Dort schaden sie der Natur am wenigsten.

**Ja.** Dies aber nur, wenn der Eingriff keinen irreversiblen, unverhältnismässigen Schaden verursacht, der nicht durch Ersatz- und Ausgleichsmassnahmen kompensiert werden kann. Weiter dürfen keine Natur-/Kulturschätze von nationaler Bedeutung unwiderruflich beschädigt oder zerstört werden. Auch muss ein Nutzen sehr gross sein und die Beeinträchtigung eines Schutzziels rechtfertigen.

Zusätzliche Fragen und Antworten finden sich in unserer Online-Ausgabe: [www.revue.ch](http://www.revue.ch)



Mehrere europäische Staaten möchten in der Schweiz beschafftes Kriegsmaterial in die Ukraine liefern. Doch das ist nach geltendem Schweizer Recht nicht möglich. Soll die Schweiz diese sogenannte Wiederausfuhr zulassen?

**Nein.** Ein Rechtsstaat hält sich an gegenseitig unterzeichnete Verträge. Eine einseitige Wiederausfuhr zugunsten einer Kriegspartei verletzt die Neutralität der Schweiz. Wir würden unseren internationalen Status als neutralen Staat verlieren – und damit auch die Position als unabhängige Vermittlerin.

**Ja.** Auch die neutrale Schweiz steht rechtlich, politisch und moralisch in der Pflicht, die Ukraine zu unterstützen. Die SP setzt sich für eine Lösung ein, die es dem Bundesrat unter eng gefassten, auf dem Völkerrecht basierenden Bedingungen erlaubt, Gesuche zur Wiederausfuhr von Kriegsmaterial an die Ukraine ausnahmsweise zu bewilligen.

**Ja.** Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass das Kriegsmaterialgesetz in seiner aktuellen Form für die gegenwärtigen Herausforderungen nicht tauglich ist. Die FDP setzt sich seit Monaten für eine Lösung ein, die mit der Neutralität vereinbar ist.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine stellt die Schweizer Neutralität auf den Prüfstand. Muss die Neutralität neu definiert werden?

**Nein.** Die Schweiz ist ein souveräner Staat. Unsere Neutralität definiert unsere Aussenpolitik und besagt, dass wir uns nicht an bewaffneten Konflikten zwischen anderen Staaten beteiligen. Wir müssen aber humanitäre Hilfe zugunsten aller Kriegsparteien leisten und sämtliche Friedensverhandlungen unterstützen.

**Ja.** Man muss die Neutralität den Realitäten der Zeit anpassen. Neutralität muss bedeuten, sich nie für einen Staat oder eine Staatengruppe mit imperialen Ansprüchen stark zu machen, sondern immer auf der Seite des Völkerrechts zu stehen. Dazu würde auch ein aktiveres Engagement zur Stärkung der UNO und ihrer Ziele gehören.

**Weder Ja noch Nein.** Die Neutralität ist ein Mittel zur Wahrung von Sicherheit und kein Selbstzweck zur Vermeidung von Verantwortung. Das Instrument Neutralität ist stets an die Umstände anzupassen. Sie war und ist nie starr auszulegen.

Ab 2028 gilt für Frauen und Männer das Rentenalter 65. Muss das Rentenalter für beide Geschlechter weiter erhöht werden, um die Finanzierung der Sozialwerke langfristig zu sichern?

**Weder Ja noch Nein.** Es wird in Zukunft weitere Reformen brauchen. Wegen der demografischen Entwicklung brauchen wir auch eine Flexibilisierung des Rentenalters. Mit der aktuellen Anpassung ist die AHV bis mindestens 2030 stabil. Wie ein nächster Schritt konkret aussieht, wird sich in den nächsten Jahren zeigen, sobald die Reform für die Zeit nach 2030 beraten wird.

**Nein.** Die Rechte will den Sozialstaat schrittweise aushöhlen und sorgt mit ihrer Politik dafür, dass den Sozialwerken weniger Geld zur Verfügung steht. Es braucht im Gegenteil eine Sicherung der Renten, um die Kaufkraft zu schützen. Deshalb setzt sich die SP gegen eine weitere Erhöhung des Rentenalters und für eine 13. AHV-Rente ein.

**Ja.** Die AHV steuert aufgrund der demografischen Entwicklung auf ein finanzielles Debakel zu. Mit der Renteninitiative hat die FDP das passende Instrument, damit die AHV ihre Leistungen auch in Zukunft noch erbringen kann. Mit der Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahre und der Anbindung an die Lebenserwartung kann die Renteninitiative die Probleme der AHV entkräften.

Rund ein Viertel der Bevölkerung in der Schweiz verfügt über keinen Schweizer Pass. Sollen die Hürden für die Einbürgerung gesenkt werden?

**Nein.** Die direkte Demokratie überlässt dem Bürger die finale politische Entscheidungsgewalt. Deshalb ist es wichtig, dass Zuzüger ihre Verantwortung und die langfristigen Konsequenzen der zukünftigen Entscheide begreifen und lernen, sich mit unserem System bekannt zu machen: Dies braucht Zeit, Interesse und Engagement.

**Ja.** Wir glauben daran, dass es in unser aller Interesse ist, wenn die Menschen, die hier leben, mit uns gemeinsam die Zukunft unseres Landes gestalten. Dafür müssen sie mitreden und mitentscheiden dürfen. Für die Einbürgerung braucht es einheitliche, rein formale Kriterien auf Bundesebene sowie entsprechend schnelle und günstige Einbürgerungsverfahren.

**Nein.** Mit der erleichterten Einbürgerung von Angehörigen der 3. Generation wurde 2018 ein wichtiger Schritt gemacht. Gewisse Anpassungen kann man immer zur Diskussion stellen, aber aus Sicht der FDP funktioniert das Einbürgerungsprozedere im Grossen und Ganzen. Der Grundsatz, dass das Bürgerrecht am Ende des Integrationsprozesses steht und nicht am Anfang, gilt nach wie vor.



**Ja.** Für die Mitte ist klar, dass die Schweiz der Ukraine beistehen und die Weitergabe von Schweizer Rüstungsgütern durch andere Staaten an die Ukraine ermöglichen muss. Die Mitte wird sich konstruktiv für Lösungsvorschläge einsetzen mit dem Ziel, die Ukraine möglichst effektiv unterstützen zu können.

**Nein.** Unser Kriegsmaterialgesetz verbietet Rüstungsexporte in laufende Kriege, und die militärische Neutralität lässt eine fallweise Entscheidung nicht zu. Die Schweiz muss die Ukraine unterstützen, indem sie die Hilfsbeiträge massiv erhöht, Oligarchen-Gelder konsequent einfriert und den russischen Rohstoffhandel unterbindet.

**Ja.** Denn hier handelt es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg.

**Weder Ja noch Nein.** Die Neutralität ist ein Instrument der Aussenpolitik und kein Selbstzweck an sich. Sie hat die Funktion, die Unabhängigkeit, Sicherheit und den Wohlstand der Schweiz in einer turbulenten Welt zu gewährleisten. Die Neutralität der Schweiz entbindet uns nicht von der Verantwortung, Position zu beziehen.

**Ja.** Der Krieg stellt Gewissheiten in Frage. Die Schweiz muss ihren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Europa leisten. Die Neutralitätsdebatte ist lanciert. Für uns Grüne ist klar, dass die Schweiz konsequent auf der Seite des Völkerrechts und der Menschenrechte steht.

**Ja.** Der Bundesrat macht eine zu enge Auslegung der Neutralität. Die Schweiz muss im Falle einer Verletzung des völkerrechtlichen Gewaltverbots das Opfer unterstützen können, insbesondere mit Schutzgütern für die Zivilbevölkerung (zum Beispiel Schutzhelme und Schutzwesten).

**Nein.** Mit der letzten Revision ist die AHV-Finanzierung für die nächsten Jahre sichergestellt. Eine weitere Erhöhung des Rentenalters ist deshalb weder finanziell notwendig noch sozial wünschenswert. Bei der nächsten Anpassung muss hingegen die Diskriminierung von Ehepaaren beseitigt werden, denn ihre AHV-Renten sind heute plafoniert. Das fordern wir mit der Initiative «Für faire Renten».

**Nein.** Eine weitere Erhöhung des Rentenalters ist nicht notwendig. Die AHV kann dank des fairen Umlageverfahrens mit Nationalbankgewinnen und durch eine leichte Erhöhung der Lohnprozente problemlos finanziert werden. Die Grünen unterstützen auch eine Erbschaftssteuer für Superreiche zugunsten der AHV.

**Ja.** Die Altersvorsorge gerät durch den demografischen Wandel zunehmend ins Ungleichgewicht. Um das Rentenniveau möglichst zu erhalten, sind eine Anpassung und Flexibilisierung des Rentenalters nötig, aber es braucht noch weitere Massnahmen (zum Beispiel eine Schuldenbremse für die AHV).

**Nein.** Die Mitte spricht sich gegen eine Änderung des erst vor fünf Jahren in Kraft getretenen revidierten Bürgerrechtsgesetzes aus. Um Schweizer Bürgerin oder Bürger zu werden, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein. Der Erwerb des Bürgerrechts ist der Abschluss einer gelungenen Integration, nicht ihre Voraussetzung.

**Ja.** Denn unsere Demokratie wird stärker, wenn mehr Betroffene zu Beteiligten werden. Deshalb unterstützen wir Grünen die Demokratie-Initiative für ein Grundrecht auf Einbürgerung, damit alle dieselben fairen Bedingungen für die Einbürgerung erfüllen müssen.

**Ja.** Unsere Forderungen sind: 1) Schule als Schweizermacherin: Personen mit mindestens 5 Jahren obligatorischer Schulbildung gelten als integriert und mit den Lebensverhältnissen vertraut. 2) Gesuchstellung bereits nach 7 statt 10 Jahren. 3) Senkung der Mindestaufenthaltsdauer in der Gemeinde auf 1 bis 3 Jahre 4) Kein «Schaulaufen» vor der Gemeindeversammlung mehr.



**Mehrere Kantone haben es in Volksabstimmungen abgelehnt, das Stimmrechtsalter von 18 auf 16 Jahre zu senken. Sollen 16-Jährige auf eidgenössischer Ebene abstimmen und wählen dürfen?**

**Nein.** Mit 16 Jahren ist man gesetzlich noch nicht volljährig und hat nicht alle Rechte und Pflichten. Auch ist man noch nicht im beruflichen Alltag integriert, weshalb eine Senkung des Stimmrechtsalters nicht in unser System passt. Jeder Entscheid an der Urne hat Konsequenzen, für die man als 16-jähriger Stimmbürger noch nicht geradestehen kann.

**Ja.** Die politische Teilhabe der Menschen ist zentral. In der Schweiz sind die unter 18-jährigen Jugendlichen vom Stimmrecht ausgeschlossen, obwohl sie von den aktuellen Entscheidungen der Politik am längsten betroffen sind. Jugendliche ab 16 Jahren sollen darum das aktive Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene erhalten.

**Nein.** In diversen Kantonen haben Volk oder Parlament die Herabsetzung des Stimmrechtsalters abgelehnt. Es wäre undemokratisch, dieses auf nationaler Ebene einzusetzen und den Kantonen aufzuzwingen. Das Erreichen der Mündigkeit soll der Massstab für das Stimmrechtsalter bleiben. Die grundsätzliche Diskussion müsste über das Mündigkeitsalter geführt werden – statt über neue Ausnahmen.

**Am 18. Juni fanden in drei Kantonen erneut E-Voting-Versuche statt. Soll das elektronische Abstimmen nun vorangetrieben und insbesondere allen Auslandschweizerinnen und -schweizern ermöglicht werden?**

**Weder Ja noch Nein.** Unser System ist gut durchdacht und sicher, hingegen ist das E-Voting anfällig für Manipulationen (Hackerangriffe!). Unser Vorschlag, dass die Unterlagen den Auslandschweizern per E-Mail verschickt und per Post retourniert werden, fand leider kein Gehör.

**Ja.** Viele Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können ihre verfassungsmässigen politischen Rechte nicht ausüben: Denn heute treffen Wahl- und Stimmunterlagen bei vielen immer wieder zu spät ein. Nur E-Voting stellt für alle Angehörigen der Fünften Schweiz sicher, dass sie wählen und abstimmen können.

**Ja.** Vielen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern ist es nach wie vor nicht möglich, ihr Stimm- und Wahlrecht wahrzunehmen, weil die Unterlagen zu spät oder gar nicht eintreffen. E-Voting könnte da Abhilfe schaffen – allerdings nur beschränkt, da die nötigen Codes nach wie vor per Post verschickt werden müssen.

**Sind weitere konkrete Schritte nötig, um den Auslandschweizerinnen und -schweizern die Ausübung ihrer politischen Rechte zu ermöglichen? Wenn ja: welche?**

**Nein.** Im Vergleich zu anderen Staaten besitzen die Auslandschweizer ein grosszügiges Wahl- und Stimmrecht für Gemeinde-, Kantons- sowie eidgenössische Wahlen und Abstimmungen. Zudem ist es sogar möglich, als Auslandschweizer in den National-, Stände- oder gar Bundesrat gewählt zu werden, auch wenn das nicht sehr wahrscheinlich ist.

**Ja.** Bundesrat und Kantone müssen sich für die Entwicklung eines verlässlichen, vertrauenswürdigen und finanziell gesicherten elektronischen Stimm- und Wahlkanals namentlich für die Fünfte Schweiz einsetzen.

**Ja.** Die Einführung einer staatlichen E-ID ist zwingend, da damit auch die Zustellung der nötigen Codes für E-Voting elektronisch erfolgen kann. Zudem würde eine E-ID verschiedene Dienstleistungen von Behörden und Konsulaten vereinfachen.

**Das den Auslandschweizerinnen und -schweizern gewährte Stimm- und Wahlrecht gilt zeitlich unbegrenzt. Ist es angezeigt, dieses auf – beispielsweise – 30 Jahre zu begrenzen?**

**Nein.** Das wäre wohl sehr schwierig umzusetzen. Auch ist zu vermuten, dass die dritte oder spätere Generationen das Stimm- und Wahlrecht kaum mehr ausüben, weil der Bezug zur Schweiz nicht mehr präsent ist – es sei denn, es kommt zu einer Rückkehr in die Schweiz.

**Nein.** Immer mehr Schweizer und Schweizerinnen halten sich im Verlauf ihrer Biografie mal kürzere oder längere Zeit im Ausland auf. Viele kehren früher oder später wieder zurück. Es ist deshalb richtig, dass ihnen die Verfassung auch während eines Auslandsaufenthalts von mehreren Jahrzehnten die Wahrnehmung ihrer politischen Rechte zusichert.

**Nein.** Das Stimm- und Wahlrecht steht den Schweizerinnen und Schweizern im In- und Ausland unbefristet zu. Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer müssen sich aktiv in ein Stimm- und Wahlregister eintragen. Wer keinen engen Bezug mehr zur Schweiz hat, verzichtet erfahrungsgemäss auf die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts.



**Nein.** Unsere Jungpartei, die Junge Mitte, unterstützt diese Forderung. Die Mitte Schweiz ist hier skeptisch. In einem solchen Fall müsste die komplette Mündigkeit auf 16 Jahre gesenkt werden, was wir nicht unterstützen.

**Ja.** Junge Menschen mit einer noch langen Lebenserwartung sollen die Entscheidungen mitgestalten können, welche ihre Zukunft betreffen. Wahl- und Stimmrecht ab Alter 16 einzuführen, ist Ausdruck einer modernen und fortschrittlichen Demokratie. Mehr Teilhabe macht eine Demokratie stärker und zukunftsfähiger.

**Ja.** Junge Menschen sollen schon früher die Entscheidungen mitbeeinflussen können, welche ihre Zukunft betreffen (zum Beispiel Altersvorsorge, Umwelt-, Klima- und Energiepolitik).

**Ja.** E-Voting ist für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sehr wichtig. Damit kann unseren Bürgerinnen und Bürgern im Ausland die Ausübung der politischen Rechte erleichtert werden. Das Vorantreiben des E-Votings ist deshalb aus Sicht der Mitte absolut prioritär.

**Ja.** Doch aus Sicherheitsgründen braucht es eine strenge Begrenzung auf Pilotversuche für Auslandschweizerinnen und -schweizer sowie Menschen mit Behinderungen, für die E-Voting wirklich einen Mehrwert bietet. Würden alle Auslandschweizerinnen und -schweizer administrativ einem Kanton zugeordnet, könnte dies E-Voting voranbringen.

**Ja.** Sobald die Sicherheit gewährleistet werden kann.

**Ja.** Die Mitte befürwortet konkrete Massnahmen, um die Teilnahme der Auslandschweizerinnen und -schweizer am politischen und gesellschaftlichen Leben der Schweiz zu ermöglichen. Die Mitte wird darum erneut auch bei den Wahlen 2023 mit internationalen Wahllisten antreten und mit kandidierenden Auslandschweizerinnen und -schweizern antreten.

**Ja.** Wir wollen das Abstimmen und Wählen für Auslandschweizerinnen und -schweizer vereinfachen: Der Prozess soll über Botschaften und Konsulate laufen, damit kein zeitraubender Briefverkehr über die Schweiz mehr nötig ist. Wir Grünen unterstützen auch eine Verfassungsänderung, sodass Auslandschweizerinnen und -schweizer künftig auch im Parlament vertreten sind.

**Ja.** Die Ausübung des Stimm- und Wahlrechts soll, wo immer möglich, erleichtert werden, auch indem die Behörden die Auslandschweizerinnen und -schweizer noch viel aktiver darüber informieren.

**Nein.** Die Mitte sieht keine Notwendigkeit, das Stimm- und Wahlrecht für Schweizer Bürgerinnen und Bürger zeitlich zu begrenzen, weder im In- noch im Ausland.

**Nein.** Wir Grünen wollen die politischen Rechte aus- und nicht abbauen. Dies gilt für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Aber es gilt auch für Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz.

**Nein.** Wir schätzen die politische Partizipation von unseren Mitbürgerinnen und -bürgern im Ausland und engagieren uns für ihre höhere Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen, wie wir es auch mit der Gründung der GLP International zum Ausdruck gebracht haben.

Zusätzliche Fragen und Antworten finden sich in unserer Online-Ausgabe: [www.revue.ch](http://www.revue.ch)

# Im Ausland daheim, aber auf dem Sprung ins Bundeshaus

MARC LETTAU

Die Hürde ist enorm hoch. Gleichwohl streben wiederum Kandidierende aus der Fünften Schweiz nach einem Sitz im Nationalrat. Eine der Herausforderungen ist dabei, dass die Fünfte Schweiz keinen eigenen Wahlkreis bildet: Wer im Ausland lebt, wählt im Kanton, in dem er zuletzt lebte. Und wer selber kandidieren will, muss dies ebenfalls in «seinem» Kanton tun. Politisch Ambitionierte, die sich zur Wahl stellen wollen, sind also auf eine Kantonalpartei angewiesen, die ihnen Platz auf einer Wahlliste gewährt. Der ehemalige Botschafter der Schweiz in Berlin, Tim Guldemann, blieb bis heute der einzige Auslandschweizer, der den Sprung ins Bundeshaus schaffte. Er wurde 2015 auf der Liste der SP Zürich gewählt.



## Knifflige Suche nach der Strategie

Für die Parteien ist es zuweilen knifflig, den richtigen Weg zu wählen: Mal bauen sie auf sehr viele Auslandskandidaturen, wie dies zum Beispiel SP und SVP vor vier Jahren taten. Mal fokussieren sie sich auf ganz wenige Namen. So warb etwa die SP 2019 mit gleich 30 Kandidatinnen und Kandidaten aus der Fünften Schweiz um die Wählergunst; heuer setzt sie mit Pascal Cuttat (Nairobi, Kenia) einen einzigen Namen ins Zentrum.

Bis Redaktionsschluss wurden der «Schweizer Revue» folgende Kandidaturen für den Nationalrat gemeldet:

### SVP

GENÈVE: Grégory Leutert, Ungarn; Marc Van Oost, Luxemburg. LUZERN: Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg/Stockholm; Nicolas Szita, London. SCHAFFHAUSEN: John McGough, Ungarn; Björn Stahel, Norwegen.

### SP

BERN: Pascal Cuttat, Kenia, Internationaler Krisenmanager, Liste SP-Liste Männer Bern.

### FDP

Für die FDP kandidieren keine Auslandschweizerinnen und -schweizer. Die Partei führt aber eine Liste mit Kandidierenden, welche sich für

Anliegen der Fünften Schweiz einsetzen wollen. Diese Liste wird demnächst auf der Website der FDP International – unter «Wahlen» – aufgeschaltet: [fdp-international.com/wahlen](http://fdp-international.com/wahlen)

### Mitte

Die Mitte nannte bei Redaktionsschluss noch keine Namen, will aber in mehreren Kantonen (SG, TG, TI) mit Listen mit Kandidierenden aus der Fünften Schweiz antreten.

### Grüne

Die Partei ist im Begriff, in verschiedenen Kantonen Auslandschweizer:innen-Listen zu prüfen, konnte aber bei Redaktionsschluss noch keine Namen nennen.

### Grünliberale

BASEL-STADT: Wanja Kaufmann, Schweden; Thomas Willhelmi, Deutschland; Andrea Frey, Italien; Thomas Häni, Deutschland. GENÈVE: Franz Muheim, Grossbritannien; Antoine Belaieff, Kanada; Bastien Debève, Spanien, sowie Dominique Caillat, Deutschland. WALLIS: Valérie Biermann, Schweiz/Kanada.

## Kandidatinnen und Kandidaten in den Gremien der ASO

In den leitenden Gremien der Auslandschweizer-Organisation (ASO), des Auslandschweizererrats (ASR) und in der Parlamentarischen Gruppe Fünfte Schweiz stellen sich ebenfalls etliche für den National- oder Ständerat zur Wahl. ASO-Präsident Filippo Lombardi erachtet diese Kandidaturen als wichtig: «Sie alle setzen sich auf vielfache Weise für die Interessen der Fünften Schweiz ein und tragen deren Anliegen ins Parlament und sorgen in ihren Parteien dafür, dass die Perspektive der im Ausland Lebenden in die politische Arbeit einfließt.»

### ASO-Vorstand

Carlo Sommaruga, Ständerat (GE, SP, bisher); Laurent Wehrli, Nationalrat (FDP, VD, bisher); Franz Muheim, Grossbritannien, Nationalratskandidat (GLP, GE).

### Parlamentarische Gruppe

Leitende Mitglieder: Martina Bircher, Nationalrätin (SVP, AG, bisher); Elisabeth Schneider-Schneider, Nationalrätin (Mitte, BL, bisher); Roland Fischer, Nationalrat (GLP, LU, bisher); Nicolas Walder, Nationalrat (Grüne, GE, bisher).

## Empfehlungen aus der Diaspora: Das Beispiel Israel

Eigene Wahlempfehlungen abgeben: Das können auch regionale Auslandschweizer-Dachorganisationen. So hat zum Beispiel die Swiss Community Israel (SCI) anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung eine Liste verabschiedet, welche die nachfolgenden Kandidatinnen und Kandidaten umfasst:

### Nationalrat

Sarah Wyss, ASR-Mitglied (SP, BS, bisher); Eric Nussbaumer (SP, BL, bisher); Andri Silberschmidt (FDP, ZH, bisher); Claudia Friedl (SP, SG, bisher); Marianne Binder-Keller (Mitte, AG, bisher); Sonja Rueff Frenkel (FDP, ZH); Fabian Molina (SP, ZH, bisher) sowie Laura Riget (SP, TI).

### Ständerat

Carlo Sommaruga (SP, GE, bisher); Daniel Jositsch (SP, ZH, bisher).

Die SCI begründet ihre Wahlempfehlungen damit, dass sich die genannten Kandidatinnen und Kandidaten «konkret für die Interessen der Auslandschweizerinnen und -schweizer gekümmert haben».

## Selbst organisierter Kurierdienst

Werden die abgegebenen Stimmen überhaupt rechtzeitig in der Schweiz eintreffen? Diese vor allem ausserhalb der EU oft gestellte Frage bewegt auch die Schweizer Wählerinnen und Wähler in Israel. Sie greifen zur Selbsthilfe. Wegen «der Wichtigkeit der Wahlen» werde der SCI gemäss deren Vertreter Erich Bloch einen eigenen Kurierdienst organisieren: Ein Auslandschweizer wird die – notabene verschlossenen – Wahlcouverts nach Zürich zur Hauptpost bringen. Bloch: «Die Unzuverlässigkeit der Post Israels lässt keinen anderen Weg zu.»

In unserer Online-Ausgabe wird die Liste der Kandidierenden laufend aktualisiert: [revue.link/kandidaten](http://revue.link/kandidaten)

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 48. Jahrgang sechsmal jährlich in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen in der «Schweizer Revue» viermal im Jahr.

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–).

ONLINE-AUSGABE  
www.revue.ch

REDAKTION  
Marc Lettau, Chefredaktor (MUL)  
Stéphane Herzog (SH)  
Theodora Peter (TP)  
Susanne Wenger (SWE)  
Paolo Bezzola (PB; Vertretung EDA)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA  
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz. kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

REDAKTIONSASSISTENZ  
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG  
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG  
Joseph Haas, Zürich

DRUCK & PRODUKTION  
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN  
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO). Sitz der Herausgeberin, der Redaktion und der Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz. revue@swisscommunity.org  
Telefon +41 31 356 61 10  
Bankverbindung:  
CH97 0079 0016 1294 4609 8 /KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE  
30. Juni 2023

ADRESSÄNDERUNGEN  
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



# Ohne Ticket unterwegs

88  
74 000

Sie wächst und wächst! Die Zahl der in der Schweiz lebenden Menschen ist 2022 um fast 74 000 gestiegen – auf 8,8 Millionen Einwohner:innen. Der Zuwachs betrifft sämtliche Kantone. Das prozentual grösste Plus verzeichneten die Kantone Schaffhausen und Freiburg, das geringste der Kanton Jura.



Das grosse «Aber»: 2022 kamen in der Schweiz nur noch 82 000 Babys zur Welt, rund 8,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Laut Statistikern ein «historischer Tiefstwert», zumal bereits das Vorjahr geburtenschwach war. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist auf 1,38 gesunken. Um – ohne Zuwanderung – eine stabile Bevölkerung zu halten, wäre eine Geburtenrate von 2,1 nötig.  
(Quelle: Bundesamt für Statistik, BFS)

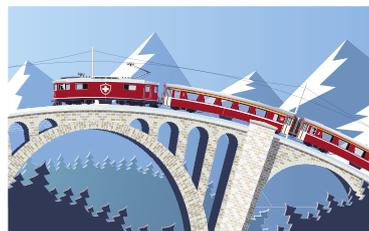


230 000

Selbst in der reichen Schweiz gibt es Armut. Überraschend viele Arme holen die ihnen zustehende staatliche Unterstützung nicht ab. So verzichten derzeit 230 000 Rentnerinnen und Rentner in prekären Verhältnissen auf ihnen zustehende Ergänzungsleistungen. Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften erforschte die Gründe: mangelndes Wissen, Angst, Scham – und zu hohe Hürden punkto Formalitäten.

27

Was macht arm? Treibend sind hohe Lebenshaltungskosten. Britische Statistiker errechneten, dass sich mit 1000 Pfund – rund 1200 Franken – in der Schweiz die Lebenshaltungskosten einer Person nur 27 Tage lang decken lassen. Die gleiche Summe reicht in Norwegen 33, Japan 38, Österreich 42 und Frankreich 44 Tage. Auch da das grosse «Aber»: In der Schweiz muss im Schnitt nur fünf Tage gearbeitet werden, um den besagten Betrag zu verdienen.  
(Quelle: money.co.uk)



60 000 000

Teuer sind in der Schweiz die Tickets für den öffentlichen Verkehr. Das verleitet dazu, ohne gültiges Ticket zu reisen. Das Phänomen ist so ausgeprägt, dass seit 2019 ein «Nationales Schwarzfahrerregister» geführt wird. Dieses zeigt: Der Missbrauch nimmt zu. 2022 entgingen der Branche rund 60 Millionen Franken. Deshalb gilt: Wer wiederholt schummelt, zahlt jedes Mal eine höhere Busse.  
(Quelle: Alliance Swiss Pass)

## Pierre Maudet: Verurteilt – und doch wiedergewählt

Er hat mehrfach gelogen, sich eine königliche Reise bezahlen lassen und ist strafrechtlich verurteilt worden. Dennoch ist Pierre Maudet erneut zum Genfer Staatsrat gewählt worden. Seine Wiederwahl sorgt vor allem in der Deutschschweiz für enorme Verwunderung. Laut Politologen setzte er geschickt sein Charisma ein.

STÉPHANE HERZOG

«Für ihn ist es ein Triumph», urteilt Nenad Stojanović, Politologe an der Universität Genf. Die Wiederwahl gelang Pierre Maudet nach der langen Durststrecke, die auf ein politisches Debakel folgte: Parteiausschluss, Auflösung seines Departements im Staatsrat, strafrechtliche Verurteilung wegen Vorteilmahme und eine vernichtende Berichterstattung in den Schweizer Medien.

Am Anfang dieses Skandals stand eine Reise nach Abu Dhabi im Jahr 2015 – bezahlt von einem Sultan. Mehr als 50 000 Franken soll sie gekostet haben. Diesen Betrag muss Pierre Maudet dem Kanton Genf als Schadenersatz zahlen – so das vom Berufungs- und Revisionsgericht Genf am 26. Mai 2023 festgesetzte Strafmass. Der frisch wiedergewählte Staatsrat wurde ausserdem zu einer bedingten Geldstrafe von 120 000 Franken verurteilt. Pierre Maudet «hat sich der ungerechtfertigten Vorteilmahme schuldig gemacht und das Risiko in Kauf genommen, dass dieser Vorteil ihm mit dem Ziel gewährt wurde, seine Tätigkeit als Staatsrat zu beeinflussen», so der Urteilspruch. Die Affäre Maudet, die im Mai 2018 durch die «Tribune de Genève» aufgedeckt wurde, erregte schweizweit Aufsehen. Dies umso mehr, als sie auf die Bundesratswahl von 2017 folgte. Damals wäre dem Genfer fast der Durchbruch gelungen. «Aus politischer Sicht war es ein schwerwiegender Fall und 99 Prozent aller Gewählten wären wohl zurückgetreten», so Stojanović.

### Überraschung, Wut und Bewunderung

Die Nachricht von Maudets Wiederwahl – und der Wahl von elf Mitgliedern der von ihm gegründeten Liste «Libertés et Justice sociale» – löste gemischte Gefühle aus: Überraschung, Wut – und Bewunderung. «Dass er wiedergewählt wurde, ist ausserordentlich», sagt der Politologe und Medienwissenschaftler Lukas Golder, Co-Leiter des Forschungsinstituts gfs.bern. In Bundesbern reagierte man zurückhaltend auf die Rückkehr Maudets in die Politik. Mitglieder des Nationalrats verwiesen lediglich auf das Recht des Wahlvolks, seine Vertretenden zu bestimmen. Die NZZ hingegen verglich Pierre Maudet mit Donald Trump und sprach von einer «Genferei» – ein Verweis auf die Skandale, die in Genf mit einer gewissen Regelmässigkeit auftreten. Schweizer Politologen erklären sich die Wiederwahl in erster Linie mit dem aussergewöhnlichen Pro-

fil von Pierre Maudet: Intelligenz, Belastbarkeit und ein glückliches Händchen für Kommunikation. «Mit einem solchen Profil würde das Wahlvolk wohl auch in einem anderen Kanton so grobe Fehlritte verzeihen», mutmasst Lukas Golder. Das Mehrheitswahlrecht erlaube es solchen Persönlichkeiten, sich grossflächig Stimmen zu sichern. Nenad Stojanović ortet primär ein Imageproblem der Romandie und sagt: «Diese Genferei-Geschichte ist ein



Der Höhenflug nach dem tiefen Fall: Pierre Maudet wird am 2. April dieses Jahres nach seiner erneuten Wahl in die Genfer Regierung von Anhängerinnen und Anhängern frenetisch gefeiert.  
Foto Keystone

Mythos.» Sein Kollege Pascal Sciarini von der Universität Genf erinnert zudem daran, dass 2017 auch die Deutschschweizer von Bundesratskandidat Maudet begeistert waren: «Sein Wahlkampf war ausgezeichnet. Er hätte es fast geschafft. Ein vergleichbares Szenario wäre sicher auch in einem anderen städtischen Kanton möglich gewesen.»

### Grösster politischer Skandal seit der Affäre Kopp

«Die Affäre Maudet ist die grösste politische Krise der Schweiz seit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp im Jahr 1989», schrieb Philippe Reichen, der Westschweizer Korrespondent des «Tages-Anzeigers». «Kopp hat unter Druck gelogen und wurde nicht verurteilt, anders als Maudet, der über lange Zeit gelogen hat», ergänzt Lukas Golder. Verzeiht die Schweizer Politik den Männern, was sie Frauen nicht durchgehen lässt? «Nach ihrem Rücktritt hat Elisabeth Kopp keinen politischen Neuanfang gewagt», sagt Golder. Etlliche männliche Politiker hätten nach

## Ylfete Fanaj, eine Luzerner Pionierin

Fehlern eine zweite Chance erhalten, «Frauen neigen eher dazu aufzugeben». Der Politologe führt den Fall von Geri Müller an, dem ehemaligen Stadtammann von Baden (AG) und Nationalrat der Grünen, der 2014 wegen einer Affäre um Nacktselbies von seinen Aufgaben entbunden wurde. Er verzichtete auf eine erneute Kandidatur für den Nationalrat und wurde drei Jahre später als Stadtammann abgewählt. In diesem Fall lag aber nur ein moralisches und kein strafrechtliches Fehlverhalten vor. Der Solothurner Regierungsrat Roberto Zanetti wiederum war 2004 in eine Wahlkampf-Spendenaffäre verwickelt und zahlte die Spenden zurück. Als er 2005 abgewählt wurde, zog er sich zunächst aus dem politischen Leben zurück, wurde dann aber 2010 in den Ständerat gewählt. Auch hier keine Spur einer Verurteilung.

Pierre Maudet trat zwar als Staatsrat zurück, aber nur, um seine eigene Position zu stärken. Zwischen den beiden Wahlgängen in Genf stellte der Staatsrat der Grünen Antonio Hodgers empört die Frage: «Wenn das Wahlvolk entscheidet, jemanden an die Macht zu bringen, der wegen Korruption verurteilt wurde, der alle Institutionen belogen hat (...), welchen Wert hat Ethik dann noch in der Politik?» Doch Pascal Sciarini liefert einen Erklärungsansatz: «Die Leute wollten sein Fehlverhalten vergessen und sich nur an das Gute erinnern.»

### Wer wählt, wählt primär einen Menschen

Lukas Golder verweist darauf, dass «die Medien sehr schnell ein moralisches Urteil fällen. Wer wähle, schaue hingegen eher «auf den Menschen in der Hoffnung, dass er sich bessert». Während seines letzten Wahlkampfes versuchte Pierre Maudet zum Ausdruck zu bringen, dass ihm die Leute am Herzen liegen. Nenad Stojanović hält Maudet durchaus für empathiefähig. Vor allem aber habe Maudet echte Fans, «eine Seltenheit in der Schweizer Politik». Allerdings: Im Umgang mit Beamten hat Maudet auch ein brutales Gesicht gezeigt. Ein weiterer Schatten auf dem Gesamtbild? Pierre Maudet «ist sich des strafrechtlichen Charakters seiner Handlungen immer noch nicht ansatzweise bewusst und beruft sich auf die Rechtsunsicherheit, um sich jeglichen Sanktionen zu entziehen», urteilte das Genfer Gericht.

Nun hat Maudet «keine andere Wahl, als mit seinen Kolleginnen und Kollegen im Genfer Staatsrat effizient zusammenzuarbeiten. Vielleicht kann er in fünf Jahren seine Legitimität ganz wiedererlangen», sagt Lukas Golder.



Fotos Keystone

Als Ylfete Fanaj Mitte Mai die Wahl in die Luzerner Kantonsregierung schaffte, war das mehrfach bemerkenswert. Mit der 41-jährigen Stadt-luzernerin kehrte die Sozialdemokratische Partei nach mehreren Jahren Unterbruch in die bis dahin rein bürgerliche – und rein männliche – Exekutive zurück. Und: Ylfete Fanaj ist schweizweit die erste Regierungsrätin mit kosovarischen Wurzeln. Kosovarinnen und Kosovaren, vor allem albanischsprachige, gehören zu den grössten Einwanderungsgruppen hierzulande. Fanaj, geboren in Prizren, kam Anfang der 1990er-Jahre als neunjähriges Kind und Tochter eines Saisonarbeiters in die Schweiz. Die Familie lebte in der luzernischen Kleinstadt Sursee. Diese sei lange ihre Heimat gewesen und habe sie geprägt, so Fanaj. In Sursee wurde sie mit zwanzig eingebürgert. Eine kaufmännische Lehrstelle hatte die gute Sekundarschülerin erst nach 200 Absagen erhalten – eine Erfahrung, die sie mit anderen vom Balkan stammenden Jugendlichen teilte. Doch die leistungswillige junge Frau absolvierte die Berufsmatur und studierte Soziale Arbeit. Beruflich wurde sie Integrationsbeauftragte des Kantons Nidwalden. Ihre politische Laufbahn in Luzern führte Ylfete Fanaj klassisch-schweizerisch von unten nach oben: Stadtparlament, Kantonsparlament, dort Fraktionschefin, dann Ratspräsidentin. Nun regiert sie den Kanton Luzern mit, der als konservativ gilt. Das stiess auf breite Beachtung, in der Schweiz wie auch in Kosovo. «Wandel ist möglich», stellte Fanaj selber fest. Obwohl Pionierin, wehrte sich die Mutter eines kleinen Sohns aber dagegen, ihre Wahl als Besonderheit zu sehen. Vielmehr sei die Luzerner Kantonsregierung jetzt «ein Abbild der vielfältigen Gesellschaft», betonte sie.

SUSANNE WENGER

## Gjon's Tears: Eine Schweizer Stimme rührt die ganze Welt zu Tränen

Nach TV- und YouTube-Erfolgen bringt der Schweizer Sänger mit kosovarischen Wurzeln sein erstes Album heraus. «The Game» bietet poetischen Pop, der weit über die Schweiz hinaus die Herzen der Menschen berührt.

STÉPHANE HERZOG

Im April brachte der Schweizer Sänger Gjon's Tears sein erstes Album «The Game» heraus. Seine Fans verzaubert der junge Greyerzer, der heute in Paris lebt, jedoch schon seit langer Zeit. Erst wurde er durch den Eurovision Song Contest und TV-Talentshows bekannt, einem grösseren Kreis dann durch YouTube: «Tout l'univers», der offizielle Beitrag der Schweiz zum Eurovision Song Contest 2021, wurde von Tausenden kommentiert. Bei dem Wettbewerb holte der Titel den dritten Platz und wurde seither 55 Millionen Mal aufgerufen. Als Künstler bewegt sich Gjon's Tears gekonnt durchs Internet. Seine Fans zeigen sich hier begeistert: «Einfach Weltklasse, unser singender Federer», kommentiert ein gewisser Domups den Song «Cancer». «Du bringst mich nachts um 0.42 Uhr im Bett zum Weinen», schreibt jemand anderes. Der Titel ist voller unergründlicher Melancholie. «Quand il t'aura rattrapée / Dans l'insomnie tu vivras / Avant qu'il te prenne dans ses bras» (Wenn er dich eingeholt hat, lebst du schlaflos, bis er dich in seine Arme nimmt), singt Gjon's Tears auf der Bühne mit seinen aufgemalten blauen oder schwarzen Tränen. «Ich musste weinen, als ich «Cancer» hörte», gesteht eine weitere Kommentatorin und räumt ein, den Text zwar nicht wirklich zu verstehen: Gjon's Tears' hoher Stimme berühre aber ihr Herz. Der Song ist einer an Leukämie verstorbenen Freundin des Künstlers gewidmet.

### Im Dialog mit Geraldine Chaplin

«The Game» zeigt das Talent von Gjon's Tears in seiner ganzen Bandbreite. Er singt von Traurigkeit, Melancholie, aber auch von Freude. Einige Titel sind pure Hits. So auch «Pure». Der Song wird durch einen Dialog mit Geraldine Chaplin eingeleitet. Im Hintergrund hört man die Klänge eines E-Basses und das Musikvideo ist – wie übrigens auch



Die Tränen sind nur aufgeklebt, aber die zum Ausdruck gebrachten Gefühle nimmt man ihm ab: Gjon's Tears berührt die Herzen.

Fotos Jo&Co (oben), Keystone (links)

alle anderen – von grosser Ästhetik. «Das Leben ist hart, aber es ist es wert. Wenn es rein ist, mein Gott, mein Gott, ist das schön», singt Gjon's Tears. Man müsse «seine Ellbogen einsetzen», um etwas zu erreichen, erleide aber auch so manche «Nackenschläge». Spuren von Enttäuschungen, die er in seiner Wahlheimat Paris erlebt hat. «In Paris zu sein ist ein Muss, aber das Showbusiness ist nicht immer gerade der angenehmste Ort», erklärte er in einem Interview.

Die Geschichte des sensiblen jungen Mannes gleicht einer Ode an die Vielfalt der Schweiz. Gjon Muharremaj wird am 29. Juni 1998 in Saanen (BE) geboren. Sein aus

## «Die grosse Angst in den Bergen»

dem Kosovo stammender Vater Hysni ist Kranführer und Maurer. Seine Mutter Elda, eine gebürtige Albanerin, arbeitet nach dem Umzug der Familie nach Broc in der Schokoladenfabrik von Cailler. In dieser Gemeinde im Greyerzbezirk wächst Gjon auch auf. Beim Klavierunterricht erwacht seine Liebe zur Musik. Zwei Jahre später, so die Geschichte, singt er seinem Grossvater «Can't Help Falling in Love» von Elvis Presley vor, was diesen zu Tränen rührt. So entstand sein Künstlername, wobei englisch ausgesprochen aus Gjon «John» wird.

### Einflüsse von The Cure und Björk

Der Künstler – man darf ihn einen lyrischen Sänger nennen – lässt sich durch verschiedene Genres inspirieren. Das Cover seines Albums zeigt ihn im schwarzen Gehrock und Dr. Martens an den Füssen – eine Verneigung vor New Wave und The Cure im Besonderen. In «The Game» scheint zugleich seine Liebe zur Discomusik durch. Gjon's Tears, der als Kind Bach spielte und sich mit Jodeln und indischem Gesang versuchte, nennt als Einflüsse auch Cesária Évora, Grace Jones, Björk und David Bowie. Die Tonalität und die Tiefe seiner Songtexte verleihen seinem Pop eine poetische, literarische Färbung. Wenn er allein am Klavier spielt, erinnert Gjon auch an die französische Chansonnière Barbara, an Jacques Brel und an den Belgier Stromae.



GJON'S TEARS: «The Game», 2023, Jo&Co, Paris; CD (EAN 3700187680213) ou vinyl (EAN 3700187680220)



CHARLES FERDINAND RAMUZ / QUENTIN PAUCHARD, «DIE GROSSE ANGST IN DEN BERGEN», CHF 35.00

Mit seiner Sammlung «Ramuz Graphique» ist dem Verlag Helvetiq ein Geniestreich gelungen: Sie erweckt das literarische Erbe der Schweiz durch Graphic Novels zu neuem Leben – Comics in Buchform, deren zeichnerischer Umsetzung keine Grenzen gesetzt sind. «So werden junge Leute mit Klassikern vertraut gemacht und bekommen Lust, das Original zu lesen», erklärt Verlagschef Hadi Barkat. Der vom Neuenburger Quentin Pauchard illustrierte Roman «Die grosse Angst in den Bergen» erschien im April und ist das zweite Buch in dieser Serie. Er entführt uns auf die Alp Sasseinère im Wallis, auf deren saftigen Wiesen eine Handvoll Sennen ihr Vieh weiden wollen. Dort hatten 20 Jahre zuvor mehrere Menschen unter mysteriösen Umständen ihr Leben verloren. Seither war die Alp verlassen. Schon nach einigen Tagen er-

kranken die Kühe. Der Dorftierarzt verhängt eine Quarantäne. Angst und Aberglaube schleichen sich ein. Die Alp wird zum Gefängnis.

Quentin Pauchard, der in Val-de-Ruz (NE) geboren wurde, begab sich in Evolène (VS) auf Spurensuche, um die Stimmung des Romans einzufangen: «Wie viele junge Schweizerinnen und Schweizer habe ich die Romane von Ramuz in der Schule gelesen. Im Gedächtnis geblieben sind sie mir aber nicht. Als Erwachsener habe ich sie wiederentdeckt und den Wunsch verspürt, sein Werk einem grösseren Leserkreis zugänglich zu machen, zugleich aber seinem Wesen treu zu bleiben.» Seine flächigen, in dunklen Farbtönen gehaltenen, zuweilen von rosafarbenem und gelbem Sonnenlicht erhellten Illustrationen nehmen einen bei der Hand. Wir verzweifeln mit der jungen Victorine, die alle Risiken in Kauf nimmt, um zu ihrem auf dem Berg gefangenen Geliebten zu gelangen. Die Ängste der Männer verwandeln sich in Gespenster, die tief in der Nacht aufs Dach klopfen. Die Krankheit geht um. Der nährende Berg bedroht die Männer. Das Buch macht in der Tat Lust, wieder einmal Ramuz zu lesen.

Gleiches gilt für «Derborence», den 2022 erschienenen ersten Band der Serie «Ramuz Graphique». Er erzählt die Geschichte einer Alp im Zentralwallis, die 1714 von einem Bergsturz verschüttet wurde. 15 Menschen und mehrere Hundert Tiere verloren dabei ihr Leben. «Ramuz hat eine skizzenhafte Erzählweise», erklärt der junge Genfer Zeichner Fabian Menor. «Landschaften und zwischenmenschliche Beziehungen beschreibt er nur sparsam, das Szenario legt er nur in Grundzügen dar. Beim Lesen von «Derborence» habe ich all diese Lücken mit meiner Fantasie gefüllt. Mit meinen Illustrationen zeige ich, was Ramuz nicht geschrieben hat.» Die Serie ist es wert, entdeckt zu werden.

STÉPHANE HERZOG

## Sie schrieb mit allen Sinnen, mit den Augen, mit den Ohren

Mit ihrem Erstling «Um im Februar zu sterben» rebellierte Anne-Lise Grobéty auf subtile Weise gegen die selbstzufriedene Schweiz der 1960er-Jahre.



Anne-Lise Grobéty  
(1949–2010).

Foto Yvonne Böhler

CHARLES LINSMAYER

Er war die literarische Sensation des Jahres 1969, der Roman «Pour mourir en février», der den Wettbewerb um den Prix Georges Nicole gewann und 1970 bei den Cahiers de la Renaissance Vaudoise als Buch erschien. Verfasserin war die am 21. Dezember 1949 in La Chaux-de-Fonds geborene Anne-Lise Grobéty, die den Roman mit 18 Jahren als Literaturstudentin an der Universität Neuchâtel geschrieben hatte. Presse und Publikum reagierten euphorisch, und der Dichter Maurice Chappaz gab neidlos zu: «Der Roman hat mich wie einen Anfänger auf meinen Platz verwiesen.»

### Vom Zerschneiden einer Freundschaft

Erzählt wird da aus der Optik der sensiblen 18-jährigen Aude von der Freundschaft, die sie mit der um einiges älteren Gabrielle verbindet. Eine Freundschaft, die am Widerstand der verständnislosen, spiessigen Umgebung zerbricht, obwohl die Ältere der Jüngeren hätte beibringen können, wie das Leben hätte gelebt werden können, das nun, wie der Titel andeutet, nur noch im Tod Erfüllung finden kann. Spektakulär war weniger die Handlung des Romans, aufhorchen liess die darin zum Ausdruck kommende, ins Extreme gesteigerte, schliesslich in Resignation mündende Auflehnung eines Individuums gegen die lebensfernen Konventionen und Gesetze der Gesellschaft. Etwa, wenn Aude auf die Klage ihrer Mutter, sie sei eine «aufbegehrende Natur», in ihrem Bericht antwortet mit: «Genau, aufbegehend gegen ihr Geflüster, ihr Getuschel, ihre engherzige bürgerliche Schabigkeit, den samstäglichen Einkaufsbummel, das Fussballspiel

im Fernsehen, die nette Musik von Strauss, aber ich will doch atmen können!»

### Weibliche Lebensentwürfe

Fünf Jahre ging es, bis Anne-Lise Grobéty, inzwischen Ehefrau und Mutter dreier Töchter und auf vielfältige Weise politisch engagiert, einen zweiten Roman vorlegte. Sein Titel «Zéro positif» meinte die Blutgruppe,

«Heute, an diesem  
17. Februar, möchte ich  
mit dem Schnee hin-  
absinken und auf der  
Strasse liegen bleiben,  
dort schmelzen, ver-  
schwinden, kalt und  
unlösbar, dem Asphalt  
beigemengt ...

Ich möchte Spuren  
hinterlassen auf mei-  
nem Weg ins Innerste  
des glühenden Erzes,  
um dich wiederzu-  
finden, meine Brand-  
wunde!»

die Laurence, 28-jährig und unglücklich verheiratet, keinesfalls an ein Kind weitergeben will. Sie ergreift die Flucht, erkennt aber nach einem unerquicklichen Seitensprung in Amsterdam, dass sie weit weniger aus ihrer Ehe als vielmehr vor ihrem Alkoholismus davonlaufen wollte und dass sie sich im Grunde doch nach einem Kind sehnt. Weibliche Lebensentwürfe, die keineswegs nur einem feministischen Schema zu folgen brauchten, dominierten auch die zwölf weiteren Romane und Erzählungen, die Anne-Lise Grobéty nebst unzähligen Rezensionen und Kolumnen bis zu ihrem frühen Tod am 5. Oktober 2010 veröffentlichte. Mit ihrer Freude am Surreal-Grotesken und dem oftmals Rätselhaften ihrer Erfindungen erinnerte sie an den *nouveau roman*, bekannte aber auch: «Ich schreibe nicht nur mit dem Kopf, sondern mit allen Sinnen, mit den Augen, mit den Ohren.» Am eindringlichsten lässt sie einen das im Roman «La Corde de mi» («Die C-Saite») von 2006 nachfühlen. Nicht nur in der einfühlsamen Beschreibung der Landschaft zwischen Neuchâtel und La Chaux-de-Fonds, sondern vor allem auch in der Art und Weise, wie da eine Tochter in deren letzten Lebenswochen endlich ihren längst verloren geglaubten Vater und seine tragische Lebensgeschichte kennenlernt und die Erinnerung an einen Menschen mit sich nimmt, der mit Leib und Seele der Musik verschrieben war.

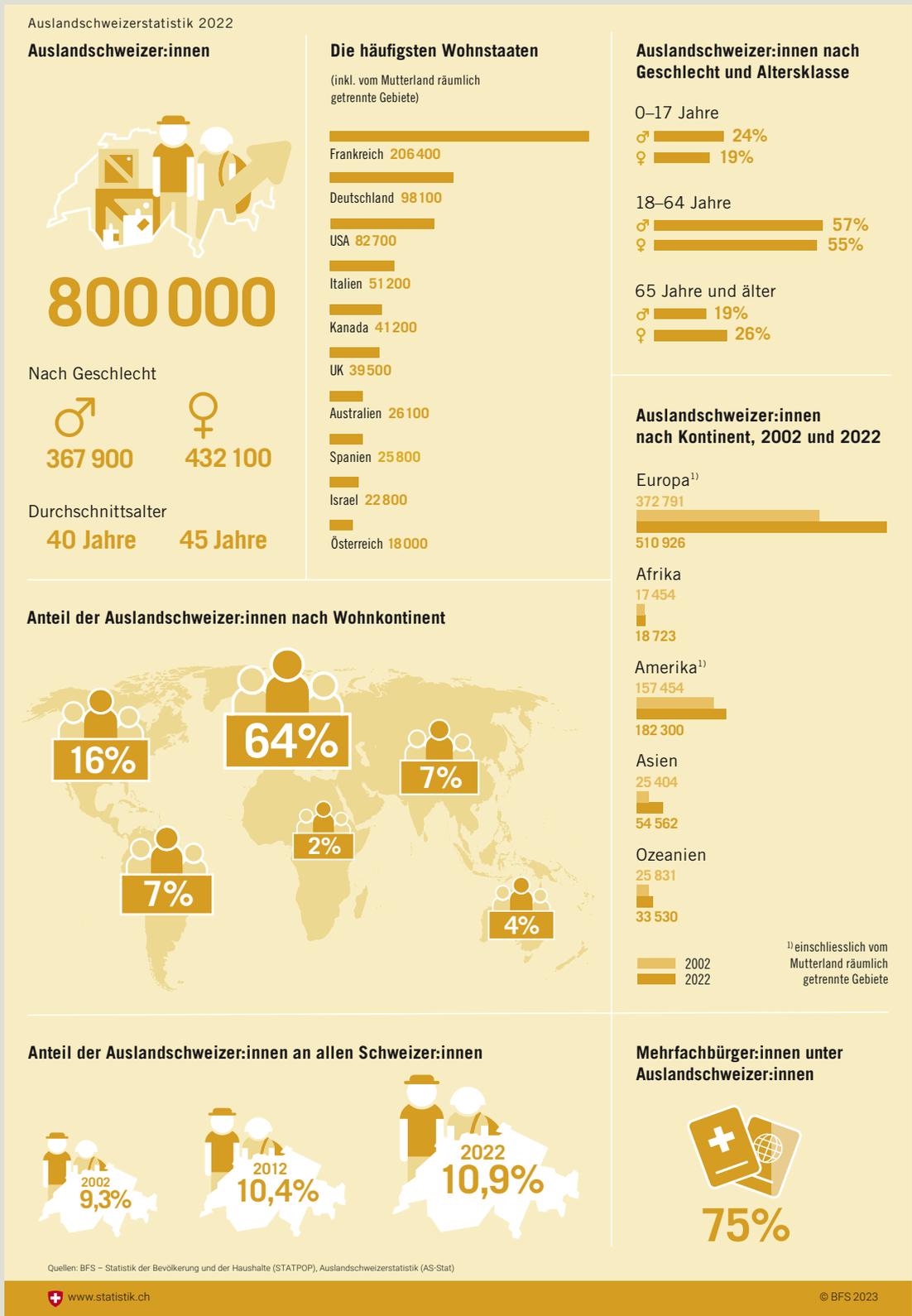
BIBLIOGRAFIE: Deutsch ist «Um im Februar zu sterben» bei der Edition pudelundpinscher, 6682 Linescio, greifbar, französisch ist «Pour mourir en février» bei Payot, Lausanne, lieferbar.

Aus: Anne-Lise Grobéty, «Um im Februar zu sterben». Roman. Aus dem Französischen von Andreas Grosz. Edition pudelundpinscher, 6682 Linescio, 2016.

CHARLES LINSMAYER IST  
LITERATURWISSENSCHAFTLER UND  
JOURNALIST IN ZÜRICH

# Fünfte Schweiz: Zunahme von 34 Prozent seit 2002

Seit 2002 wächst die Zahl der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer fortlaufend an. 2022 erreichte sie die Marke von 800 000. Immer mehr Personen zieht es nach Südostasien. Das geht aus der Auslandschweizerstatistik hervor, die vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht wird.



Per 31. Dezember 2022 waren 800 041 Schweizer Staatsbürgerinnen und -bürger bei einer zuständigen Vertretung der Schweiz im Ausland angemeldet. Diese Zahl ist seit 2002 kontinuierlich gestiegen. Damals lag sie bei 598 934 Personen (+34 Prozent). Je nach Kontinent ist die Entwicklung unterschiedlich stark ausgeprägt, jedoch überall steigend: 115 Prozent in Asien, 37 Prozent in Europa, 30 Prozent in Ozeanien, 16 Prozent in Amerika und 7 Prozent in Afrika.

## Südostasien, Europa, Nordamerika und Nordafrika im Fokus

Seit 2002 ist die Zahl der Auslandschweizerinnen und -schweizer in allen Ländern Südostasiens, Nordafrikas, Europas und Nordamerikas gestiegen (132 Prozent, 59 Prozent, 37 Prozent bzw. 18 Prozent). In Südostasien verzeichneten Kambodscha, Laos und Thailand die stärksten Zunahmen, in Nordafrika waren es Algerien und Marokko. In Europa nahm die Zahl der Schweizer Staatsbürgerinnen und -bürger unter anderem in Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kroatien und in der Türkei zu. Die USA legten um 19 Prozent und Kanada um 17 Prozent zu.

In anderen Regionen der Welt ging die Zahl der Schweizerinnen und Schweizer zwischen 2002 und 2022 hingegen zurück. So nahm sie in den zentral- und südafrikanischen Ländern um 24 Prozent bzw. 10 Prozent ab. In diesen beiden Regionen waren die meisten Länder vom Rückgang betroffen. Eine ähnliche Entwicklung ist in zahlreichen karibischen und südasiatischen Ländern zu beobachten.

Weitere Informationen:  
revue.link/statistik



## Die Auslandschweizer:innen sind unsere Visitenkarte

Die Konsularische Direktion des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten erbringt als «zentrale Anlaufstelle der Verwaltung» wirksame, effiziente Leistungen für unsere Landsleute im Ausland. Ihr neuer Direktor, Botschafter David Grichting, erläutert seinen Ansatz und seine Prioritäten.

Die Konsularische Direktion (KD) ist die Hüterin des Auslandschweizergesetzes und privilegierte Partnerin der Auslandschweizer-Organisation (ASO). Seit April 2023 steht David Grichting ihr als Direktor vor. Der 43-jährige Walliser trat nach einer Ausbildung in Betriebswirtschaft und mehrjähriger Berufserfahrung im Marketing und Projektmanagement in der Schweiz und im Ausland 2009 in den Dienst des EDA. Dort sammelte er vielfältige Erfahrung in Dienststellen im Aussennetz ebenso wie in der Zentrale. Zu seinen Stationen zählten Tel Aviv, Pristina (als Leiter Konsularische Dienstleistungen) und Bern (als Leiter Finanzen im EDA). Zuletzt war er Missionschef in Astana (Kasachstan). David Grichting verfügt somit über eine Gesamtsicht auf Auslandschweizerangelegenheiten, die er in den kommenden Jahren nutzen kann. Worin werden seine Arbeitsschwerpunkte bestehen?

### Lange dynamische Geschichte

«Oftmals wird vergessen, dass die Schweiz auch ein Auswanderungsland ist, und das schon seit mehreren Jahrhunderten», sagt Botschafter Grichting. Als illustre Beispiele nennt er Johann August Sutter, Louis Chevrolet und Francesco Borromini. Die Gründe für die Auswanderung – sei sie dauerhaft oder vorübergehend – mögen heute andere sein. Doch der Strom der Schweizer:innen, die es ins Ausland zieht, ist nie versiegt. Ganz gleich, ob die Auswanderung durch Liebe, Karriere, Ausbildung oder den Wunsch, die Welt zu entdecken, motiviert ist, sie trägt ganz klar zur Vielfalt und Dynamik unserer Bevölkerung bei. Botschafter Grichting stellt fest, dass «die Mobilität immer mehr zunimmt und zu differenzierten Bedürfnissen der Auslandschweizer:innen führt, die wir bei unserer täglichen Arbeit berücksichtigen müssen». So kommt der Fünften Schweiz eine grosse Bedeutung zu, die eine besondere Aufmerksamkeit rechtfertigt. Der neue KD-Direktor betont deshalb auch die Bedeutung der Auslandschweizer-Organisation und unterstreicht die Notwendigkeit, die



Botschafter David Grichting an seinem neuen Arbeitsplatz, der Konsularischen Direktion in Bern. In seiner neuen Position legt er Wert darauf, «mit unseren Landsleuten in Kontakt zu treten und ihnen zuzuhören». Foto Danielle Liniger

Auslandschweizergemeinschaft bei der Ausübung ihrer politischen Rechte zu unterstützen.

### Interaktion im gemeinsamen Interesse

Elf Prozent der Schweizer Staatsbürger:innen leben im Ausland. «Sie sind sowohl eine wichtige Informationsquelle als auch ein ideales Bindeglied für unsere Wirtschaft, unsere Unternehmen, unsere Forschung und so weiter», betont Grichting und fügt an: «Ich selbst bin viele Male Zeuge davon geworden, wie die Auslandschweizer:innen zum positiven Image der Schweiz beitragen. Zugleich sind sie ein wichtiger Faktor für die Welttoffenheit unseres Landes.» Der Botschafter erinnert daran, dass «die Idee der wechselsei-

tigen Beziehung zwischen der Schweiz und ihren Staatsbürger:innen im Ausland im Artikel 40 der Bundesverfassung verankert ist». Hier heisse es: «Der Bund fördert die Beziehungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz.» Einen Beitrag zur Stärkung dieser Beziehungen soll auch die App «SwissIn-Touch» leisten.

### Welche Rolle spielt die KD dabei?

Wie in der «Schweizer Revue» vom 3/2023 erläutert, arbeitet die KD eng mit anderen Institutionen zusammen, um den Interessen der Auslandschweizer:innen bestmöglich zu dienen. Botschafter Grichting weist darauf hin, dass eine der Hauptfunktionen der KD



Die letzte Station von David Grichting vor seiner Rückkehr nach Bern war Kasachstan. Als Botschafter der Schweiz nahm er am Kulturleben vor Ort teil, wie hier beim Frühlingsfest Nauryz. Foto Lisa Wermelinger

darin besteht, im Team mit den verschiedenen Büros und Partnern zusammenzuarbeiten, um Synergien zu schaffen und eine möglichst grosse Wirkung zu erzielen. Er erinnert daran, dass «die Prinzipien der Eigenverantwortung und der Subsidiarität des staatlichen Handelns die Eckpfeiler der konsularischen Tätigkeit darstellen». Wichtige Schwerpunkte bestehen in diesem Zusammenhang darin, den Auslandschweizer:innen Dienstleistungen und Informationen zur Verfügung zu stellen, die ihren Bedürfnissen entsprechen, und moderne Instrumente zur Interaktion zu entwickeln. Der persönliche Austausch mit den Auslandschweizer:innen ist zwingend notwendig, um ihre Bedürfnisse und Erwartungen besser zu verstehen. David Grichting hat sich zum Ziel gesetzt, «über unsere Vertretungen im Ausland oder bei meinen Reisen ein besonderes Augenmerk auf den Austausch mit meinen Landsleuten zu legen und ihnen aufmerksam zuzuhören». Sein Schlusswort: «Ich freue mich darauf, unsere Gemeinschaften im Ausland zu begleiten und zu unterstützen und vor allem meine Landsleute im Ausland zu treffen. Wenn sie in andere Länder ziehen, nehmen sie Sympathie und unsere Werte mit. Insofern sind sie zugleich eine Visitenkarte und ein wichtiges Bindeglied für die Schweiz.»

EDA, KONSULARISCHE DIREKTION

## Eidgenössische Parlamentswahlen 2023

Am 22. Oktober 2023 finden die Wahlen zur Gesamterneuerung der beiden Kammern des eidgenössischen Parlaments statt. Informationen, Erklärvideos und interaktive Grafiken zu den Nationalrats- und Ständeratswahlen gibt es auf [www.ch.ch/wahlen2023](http://www.ch.ch/wahlen2023), eine Dienstleistung der Bundeskanzlei, der Parlamentsdienste, des Bundesamtes für Statistik und der Kantone. Am 22. Oktober 2023 stehen dort auch die Wahlresultate.

Diese Informationen und die Resultate werden auch auf VoteInfo, der App der Bundeskanzlei, publiziert. Kurzlink: [revue.link/voteinfo](https://revue.link/voteinfo)



## Eidgenössische Abstimmungen

Wegen der Wahlen gibt es 2023 keine Abstimmung mehr. Nächster Abstimmungstermin ist der 3. März 2024. Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu den Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter [www.admin.ch/abstimmungen](http://www.admin.ch/abstimmungen) oder in der App VoteInfo.



## Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können!» (21. September 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit» (4. Oktober 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Inklusions-Initiative)» (25. Oktober 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf» (2. November 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» (9. November 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Bestätigung der Bundesrätinnen und Bundesräte durch Volk und Stände» (16. November 2024)
- Eidgenössische Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» (23. November 2024)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter [www.bk.admin.ch/](http://www.bk.admin.ch/) > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



## Diebstahl von Versandadressen der «Schweizer Revue»

Wie das EDA und die ASO bereits im Juni über ihre Webseiten informiert haben, wurde die für den Druck und Versand der «Schweizer Revue» verantwortliche Schweizer Druckerei Vogt-Schild Opfer eines Cyberangriffs.

Die Schweizer Druckerei Vogt-Schild, verantwortlich für den Druck und den Versand der «Schweizer Revue», der Zeitschrift für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, wurde Opfer eines Cyberangriffs.

Bei diesem Angriff wurde ein unbekannter Anteil an Versandadressen der «Schweizer Revue» vom März 2023 entwendet. Je nach Versandart – print oder online – umfassen die gestohlenen Daten entweder die E-Mail-Adressen oder die Namen, Vornamen und Postadressen der Empfängerinnen und Empfänger der «Schweizer Revue». Weitere persönliche Daten für den Versand der «Schweizer Revue» befanden sich keine im Besitz von Vogt-Schild. Um die Sicherheit ihrer IT-Infrastruktur zu erhöhen, ergriff die Druckerei zusätzliche Massnahmen. Zudem reichte sie Strafanzeige ein. Ausserdem wurden in der Zwischenzeit auch die für den Datenschutz und die Bekämpfung der Cyberkriminalität zuständigen Bundesbehörden informiert.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass allen Personen empfohlen wird, ihre Passwörter regelmässig zu ändern sowie idealerweise eine Zwei-Faktor-Authentifizierung zu verwenden.

Für Ihre Fragen im Zusammenhang mit Cybersicherheit finden Sie auf der Website des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit NCSC wichtige weiterführende Informationen: [revue.link/ncsc](https://revue.link/ncsc)

## Hilfe auf dem Weg zu einer Ausbildung in der Schweiz

Junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer erhalten bei [educationsuisse](https://www.educationsuisse.ch) persönliche Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».



Informationen rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz» sind in verschiedenen Sprachen erhältlich. Foto Anja Lötscher

Jedes Jahr erhalten die Mitarbeiterinnen von [educationsuisse](https://www.educationsuisse.ch) zahlreiche Anfragen von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern oder von deren Verwandten und Freunden in der Schweiz. Die meisten Fragen betreffen die Stipendienmöglichkeiten und das universitäre Studium. Es treffen aber auch sehr vielfältige Fragen zu den Themenbereichen Berufsausbildung, Lehrstellensuche, Unterkunft, Versicherungen oder zu den benötigten Sprachkenntnissen ein. Was sich oft zeigt: Aufgrund der eher hohen Lebenskosten in der Schweiz kann die Finanzierung einer Ausbildung ein Problem darstellen; aber eine Lösung findet sich eigentlich immer.

Die Fachstelle von [educationsuisse](https://www.educationsuisse.ch) bietet kostenlose Beratung und Unterstützung bei der Suche nach den geeigneten Ausbildungslösungen:

- Information zu den verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten wie akademische Ausbildung an Hochschulen oder Berufsbildung.
- Information zu spezifischen Fragen wie Zulassungsbedingungen, erforderlichen Sprachkenntnissen, Anmeldefristen, Unterkunft, Versicherungen und so weiter.
- Persönliche Beratung vor Ort in Bern oder online rund ums Thema «Ausbildung in der Schweiz».

- Berufs- und Studienwahlberatung in Zusammenarbeit mit einer professionellen Studien- und Berufsberatung (kostenpflichtig).
- Administrative Unterstützung bei Gesuchen um kantonale Stipendien und Dossierbetreuung.
- Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen von [educationsuisse](https://www.educationsuisse.ch) und privaten Fonds.

Die Mitarbeiterinnen von [educationsuisse](https://www.educationsuisse.ch) sprechen Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Englisch. Sie helfen gerne weiter und beantworten via E-Mail, Telefon, Skype oder vor Ort in Bern Fragen rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».

RUTH VON GUNTEN, EDUCATIONSUISSE



Education Suisse  
Ausbildung in der Schweiz  
Alpenstrasse 26  
3006 Bern, Schweiz  
+41 31 356 61 04  
[info@educationsuisse.ch](mailto:info@educationsuisse.ch)  
[educationsuisse.ch](https://www.educationsuisse.ch)



## Modernes E-Voting «ist um Dimensionen besser als alle diskutierten Alternativen»

Tauschen sich Politikerinnen und Politiker über E-Voting aus, stehen Fragen zur Sicherheit zuoberst. Das war bei dem von der Auslandschweizer-Organisation initiierten Treffen der «Parlamentarischen Gruppe Auslandschweizer:innen» mit Bundeskanzler Walter Thurnherr nicht anders.

MARC LETTAU

Der Zeitpunkt war genau richtig: Im Mai, rund einen Monat vor den Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023, nahmen Mitglieder des National- und Ständerats und Bundeskanzler Walter Thurnherr das Thema E-Voting genau unter die Lupe – und das war durchaus angezeigt. Der 18. Juni war nämlich zugleich ein wichtiger Test: Das von der Schweizer Post entwickelte neue E-Voting-System kam in den Kantonen Basel-Stadt, St. Gallen und Thurgau erstmals versuchsweise zum Einsatz. Zwischenzeitlich ist klar: Das System bestand die Bewährungsprobe (siehe Seite 9). Das war bei dem von der Auslandschweizer-Organisation (ASO) initiierten Treffen der «Parlamentarischen Gruppe Auslandschweizer:innen» allerdings noch offen.

Doch Bundeskanzler Walter Thurnherr war bereits damals ausgesprochen zuversichtlich. Seit der Sistierung der letzten E-Voting-Versuche im Jahr 2019 sei zwar viel Zeit verstrichen, sagte er am Treffen. Die verstrichene Zeit mit Stillstand gleichzusetzen, sei aber falsch: «Sie wurde genutzt, das Ganze gründlich neu aufzustellen, die Kritik an den zurückliegenden Versuchen aufzunehmen und eine wissenschaftliche Begleitung aufzubauen.» Zudem, so Thurnherr, habe man zeitgleich die technischen Anfor-

derungen ans E-Voting «hochgeschraubt». Insbesondere seien die eingebauten Kontrollmechanismen nun verlässlich. Bereits bei der elektronischen Stimmabgabe lasse sich prüfen, ob die eigene Stimme korrekt erfasst worden sei.

Skeptiker gab und gibt es gleichwohl. So schlug Nationalrat Jean-Luc Addor (SVP, VS) am Treffen vor, das durchaus anerkannte Problem der Stimmberechtigten in der Fünften Schweiz besser nur «schrittweise» und «partiell» zu lösen, etwa mit einem elektronischen Versand der Stimmunterlagen (und einer brieflichen Rücksendung des Stimmzettels).

Bundeskanzler Thurnherr entgegnete, ein solcher «Vorversand» sei verletzlich, angreifbar und «voller Probleme». Das nun vorliegende E-Voting-System sei «um Dimensionen besser als alle diskutierten Alternativen». Deshalb stelle sich ihm am Schluss die immer gleiche Frage: «Warum nicht auf das sicherere Verfahren setzen?» Er erachte das nun vorliegende E-Voting-System auch als besser und sicherer als die von Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP, ZH) eingebrachte Idee, Versand und Rücksendung der Stimmzettel per diplomatischem Kurier abzuwickeln. Thurnherrs Fazit: «Ein modernes E-Voting-System ist markant sicherer als das briefliche Abstimmen, dem wir vertrauen, und sicherer als die gängigen E-Banking-Anwendungen, die wir täglich nutzen.»

Elisabeth Schneider-Schneider (Mitte, BL), Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe,



Walter Thurnherr: «Warum nicht auf das sicherere Verfahren setzen?»

Foto Danielle Liniger

gab zu bedenken, dass die Ausweitung des neuen E-Voting-Versuchs auf weitere Kantone nicht von der Bundesbehörde abhängt. Das Abstimmungswesen sei kantonal organisiert, ergo spielten die Kantone die entscheidende Rolle. In einem Punkt geht sie mit dem Bundeskanzler einig: Meldeten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in ihren Kanton Interesse am E-Voting an, schaffe dies zusätzlichen Druck und beeinflusse die Dynamik.

Walter Thurnherr seinerseits betonte, die Bundeskanzlei werde keinen Druck auf die Kantone ausüben. Sich am neu gestarteten E-Voting-Testbetrieb zu beteiligen, sei allein deren Entscheid. In Thurnherrs Worten: «Wir machen weder Druck noch Werbung, aber wir wollen für transparente Information sorgen.»



Diskutiert wurde im Bundeshaus. Aber die weitere Dynamik in Sachen E-Voting wird nun von den Kantonen beeinflusst. Foto Danielle Liniger

## Für tolle Ferienlager braucht's auch gut ausgebildete Leiter:innen

Ferienlager für Kinder und Jugendliche garantieren Erlebnisse und bleibende Erinnerungen. Damit es gute Erinnerungen werden, braucht es in jedem Lager gut ausgebildete Leiter:innen. Wir gewähren hier einen kleinen Einblick in den diesjährigen Ausbildungskurs.

Auch dieses Jahr hat über Ostern wieder der gemeinsame J+S-Ausbildungskurs der Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS) und des Jugenddienstes der Auslandschweizer-Organisation (ASO) stattgefunden. J+S steht für «Jugend+Sport», also fürs nationale Sportförderungsprogramm des Bundes. Während neun Tagen werden in diesen Kursen Leiter:innen für die Sommerferienlager ausgebildet.

Gut ausgebildete Leitungsteams sind für die Sommerferienlager von ASO und SJAS von grosser Wichtigkeit. Wer in der Schweiz Sommerferienlager anbietet und durchführt, muss nämlich bestimmte J+S-Kriterien erfüllen. Eine Vorgabe ist zum Beispiel, dass auf zwölf Teilnehmer:innen eine kompetente Leitungsperson kommt, die den J+S Ausbildungskurs «Lagersport/Trekking» absolviert hat. «Lagersport/Trekking» nennt sich die Sportart, in welcher auch unsere Sommerferienlager eingeordnet werden.

Im diesjährigen Ausbildungskurs standen vor allem die Themen Programmplanung, Programmdurchführung, das Kennenlernen der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie das Tragen von Verantwortung als Leiter:in im Vordergrund. Vermittelt wurden zusätzlich sportartspezifische Kenntnisse, so etwa die Planung von Wanderungen, Kartenlesen – oder wie ein Zelt korrekt und sicher aufzustellen ist.

Das sind viele Inhalte für die wenigen Kurstage. Entsprechend lang wurden diese: Gestartet wurde jeweils um 9:00 Uhr und geendet hat der Tag selten vor 22:00 Uhr. Gleichzeitig sind die intensiven Ausbildungswochen einzigartig, weil die Leitenden nicht nur die Theorie kennenlernen, sondern das Gelernte auch gleich in der Praxis anwenden können. So haben alle Teilnehmenden in Gruppen einen eigenen Sportblock geplant und umgesetzt sowie ihre eigene Wanderung vorbereitet und durchgeführt. Dabei erfuhren alle ganz direkt die Möglichkeiten und Herausforderungen und mussten die

notwendigen Sicherheitsüberlegungen anstellen und auch gleich umsetzen.

Andere Ausbildungsthemen regten wiederum zum Nachdenken an. So wurde konkret über verschiedene Kommunikationsstile und über soziale Interaktion diskutiert. Ebenso galt es, sich zu verschiedenen Füh-



Jedes Leiter:innen-Team baut auch auf Vertrauen und Verlässlichkeit – selbst wenn's ums eher Akrobatische geht. Foto ZVG

rungsstilen Gedanken zu machen. Schliesslich wurde in spielerischer Form auch der Umgang mit Interkulturalität thematisiert. Und nicht zuletzt war der Umgang mit Teilnehmenden, die sich «herausfordernd» verhalten, ein Ausbildungsthema.

Bei aller Ausbildung darf das Lagerfeeling nicht fehlen! So haben wir über dem Lagerfeuer selbst gekocht, viele neue Spiele kennengelernt und eine Nacht im Zelt übernachtet. Dieses Erlebnis war für viele Teilnehmende das Highlight des Ausbildungskurses.

All das Gelernte und Erfahrene befähigt die jungen Leiter:innen, gute Programme für die Sommerferienlager zu planen und sichere Entscheidungen zu treffen. Dank dem diesjährigen Ausbildungskurs können wir nun auf neu ausgebildete Leitungspersonen setzen, welche ihr Wissen im Sommerferienlager anwenden und das Leitungsteam tatkräftig unterstützen können.

Schön zu sehen ist auch, dass es selten bei dieser einen Ausbildung bleibt. Die Leiter:innen absolvieren alle zwei Jahre den Auffrischkurs, damit die J+S-Anerkennung gültig bleibt, und besuchen daneben oft weitere Ausbildungen, die für die Ferienlager wichtig sind.

ISABELLE STEBLER (SJAS) UND FABIENNE STOCKER (ASO)

### Ihre Meinung ist gefragt!

Der Jugenddienst der Auslandschweizer-Organisation will den Erwartungen der jungen Auslandschweizer:innen noch besser gerecht werden. Er führt deshalb eine Umfrage über seine Aktivitäten und Angebote durch. Wir bieten diese mit dem Ziel an, die Beziehung der Jugendlichen zur Schweiz auf anregende Weise zu stärken. Wir freuen uns, wenn Sie sich die 15 Minuten Zeit fürs Ausfüllen des Fragebogens nehmen.

Die Umfrage richtet sich primär an Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren, sowie an Erwachsene, die junge Auslandschweizer:innen kennen, welche sich für unsere Angebote interessieren.

FABIENNE STOCKER, JUGENDDIENST ASO

Revue.link/umfrage



## Nach dem ersten Erfolg plant die ASO weitere Webinare

Das wichtige Thema «Aging Abroad und AHV» stand im Mittelpunkt des ersten Webinars, das die Auslandschweizer-Organisation (ASO) im Februar in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Schweizerischen Ausgleichskasse (SAK) und Soliswiss durchgeführt hat. Dabei ging es um den Ruhestand im Ausland, denn die Anzahl Schweizer Rentnerinnen und Rentner in der Fünften Schweiz steigt jährlich um rund drei Prozent. Mit ihren Vorträgen gaben Michel Malizia (EDA), Philippe Girard und Susan Flückiger von der SAK, sowie Nicole Töpferwien und Isabelle Baur von Soliswiss Einblicke in dieses vielschichtige Thema. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg: Es haben über 500 Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus der ganzen Welt teilgenommen.

Das Webinar wurde aufgezeichnet und kann unter [revue.link/webinar](https://revue.link/webinar) auch nachträglich als Informationsquelle genutzt werden.

Aufgrund des durchwegs positiven Echos hat sich die ASO entschieden, weitere Webinare zu Themen, welche die Auslandschweizergemeinschaft bewegen, zu organisieren. So fand am 13. Juni 2023, erneut in Zusammenarbeit mit dem EDA, ein Webinar zum Thema «Aging Abroad – Nachlassplanung für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland» statt.

Neue Webinare werden derzeit zu den folgenden Themen vorbereitet:

20. September 2023:

«**Militärdienst für Auslandschweizer:innen**»  
(siehe auch Ratgeber unter [revue.link/armee](https://revue.link/armee))

17. Oktober 2023:

«**Banken**»

13. Dezember 2023:

«**Sozial- und Krankenversicherungen**»

Die ASO will mit diesen Veranstaltungen einen Beitrag zur nachhaltigen Information der Auslandschweizergemeinschaft leisten. Aufgrund des Erfolges plant die ASO, dieses Format im nächsten Jahr weiter auszubauen.

STEPHANIE LEBER, ASO

## «Muss ich bei einer Rückkehr in die Schweiz Militärdienst leisten?»

**Frage:** «Ich lebe in Frankreich und habe nebst dem französischen auch den Schweizer Pass. Ich bin 18 Jahre alt und möchte bald ein Studium beginnen. Nun überlege ich mir, dafür in die Schweiz zu ziehen. Muss ich bei einer Rückkehr in die Schweiz Militärdienst leisten?»



Auch in der Schweizer Rekrutenschule geht es nicht ohne Drill: Rekruten bei Colombier (NE).  
Foto Keystone

**Antwort:** In der Schweiz sind grundsätzlich alle Schweizer Männer militärdienstpflichtig. Für Schweizer Frauen ist der Militärdienst hingegen freiwillig. Die Militärdienstpflicht beginnt nach dem 18. Geburtstag. Die Rekrutierung erfolgt bis vor dem 25. Geburtstag. Die Rekrutenschule muss innerhalb eines Jahres nach der Rekrutierung absolviert werden.

Solange Sie sich im Ausland aufhalten, sind Sie als Auslandschweizer in Friedenszeiten von der Rekrutierung und der Militärdienstpflicht befreit. Wenn Sie aber für ein Studium und somit für länger als drei Monate in die Schweiz zurückkehren, werden Sie rekrutiert und sind militärdienstpflichtig – vorausgesetzt, Sie werden als diensttauglich eingestuft. Sie unterliegen einer Meldepflicht. Sie müssen sich also innerhalb von 14 Tagen nach Ihrer Ankunft in der Schweiz beim zuständigen kantonalen Kreiskommando melden.

Alternativ zum Militärdienst kann auch Zivildienst geleistet werden. Wer weder Militärdienst noch Zivildienst leistet, muss eine finanzielle Abgabe entrichten, die sogenannte Wehrpflichtersatzabgabe. Diese muss auch bezahlt werden, wenn Sie erst nach dem 25. Geburtstag in die Schweiz zurückkehren, und sie wird längstens bis zur

Vollendung des 37. Altersjahres erhoben. Auch Doppelbürger sind grundsätzlich militärdienstpflichtig. Wer aber nachweist, dass er das Bürgerrecht eines anderen Staates besitzt und dort seine militärischen Pflichten erfüllt oder Ersatzleistungen geleistet hat, muss in der Schweiz nicht mehr Militärdienst leisten. Mit verschiedenen Ländern hat die Schweiz bilaterale Abkommen über den Militärdienst von Doppelbürgern abgeschlossen – so auch mit Frankreich. In Ihrem konkreten Fall hätten Sie die Wahl, ob Sie den Militärdienst in Frankreich oder in der Schweiz leisten wollen; die Militärdienstpflicht und auch die Ersatzabgabepflicht im anderen Land würden dabei entfallen.

Im Übrigen ist für Fragen im Zusammenhang mit der Militärdienstpflicht von Auslandschweizern folgende Stelle zuständig:

STEPHANIE LEBER, RECHTSDIENST ASO

Kommando Ausbildung  
Personelles der Armee  
Bereich Rechtsanwendung/Vorgaben  
Rodtmattstrasse 110, 3003 Bern  
Telefon +41 800 424 111  
E-Mail: [personelles.persa@vtg.admin.ch](mailto:personelles.persa@vtg.admin.ch)  
[www.vtg.admin.ch](http://www.vtg.admin.ch)

Zum Thema Militärdienst führt die Auslandschweizer-Organisation am 20. September 2023 auch ein Webinar durch (siehe nebenstehenden Text). Die Teilnahme am Webinar ist kostenlos.

## Diskurs: Carl Lutz und der Holocaust

Die Bernerin Agnes Hirschi entkam als Kind dem Holocaust in Ungarn – dank der Hilfe ihres späteren Stiefvaters, des Diplomaten Carl Lutz. Heute setzt sich Hirschi unermüdlich dafür ein, dass Lutz' Rettungsaktionen während der Nazi-Zeit nicht vergessen gehen. Unsere Leserschaft hat sie damit durchaus erreicht.



Agnes Hirschi  
Foto Danielle Liniger

### Carl Lutz rettete 50 000 ungarische Juden und Jüdinnen

#### WOLF STAUB, AYSÉN, CHILE

Leider viel zu spät kommt diese hochverdiente Ehrung. Menschen wie Carl Lutz sind die echten Helden in der Geschichte unserer Nation. Und es gab auch noch andere, die wie im Artikel erwähnt, nach dem Krieg von der Schweiz nicht gebührend geehrt wurden, eher im Gegenteil. Ein dunkles Kapitel unserer Geschichte.

#### KATHARINA HOTZ, WINTERTHUR

Herzlichen Dank für den informativen Artikel. Seit 2017 widmet die Gedenkstätte Riehen (BS) Carl Lutz auch eine Gedenktafel. Die aus Eigeninitiative gegründete Gedenkstätte ist ein lehrreicher Ort für junge Menschen, insbesondere auch Auslandschweizer:innen, um sich der Geschichte und der Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg bewusst zu werden. [revue.link/riehen](http://revue.link/riehen).

#### ARNO FUCHS, ISRAEL

Ich habe mich lange gefragt, warum die Schweiz ein halbes Jahrhundert gebraucht hat, um Carl Lutz und Paul Grüninger (1995) Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – und warum bei den beiden zwei unterschiedliche Massstäbe angelegt wurden: Carl Lutz wurde nicht bestraft, Paul Grüninger wurde hingegen um seine Pension betrogen. Er wurde bestohlen. Vor ein paar Tagen ist der Groschen bei mir endlich gefallen – und ich hob ihn auf: Carl Lutz hat der Eidgenossenschaft keine Kosten verursacht, lediglich ein bisschen Papierkram. Die in Ungarn gerette-

ten Jüdinnen und Juden gingen nach Palästina. Paul Grüninger hat der Eidgenossenschaft hingegen Kosten verursacht. «Seine» Flüchtlinge blieben in der Schweiz und mussten unterstützt werden. Und dafür galt es Geld aufzutreiben. Ecco!

#### RALPH UNO, ARGENTINIEN

Wurde je ein Grund gefunden, warum die Regierung es nicht schätzte, dass Carl Lutz so viele Leben rettete? Sollte es einen Grund geben, sollte er offengelegt werden.

#### PETER OCHSNER, NAIROBI, KENIA

Vergessen: Ein Wort, das in diesem Bericht fehlt. Lutz fragte kurz vor seinem Tod nicht nach seinem Ruhm. Er wollte, dass die Nachwelt das falsche Bewusstsein der Nationalsozialisten nicht vergisst. Sprüche wie «Das liegt alles weit zurück» oder «Man muss vergessen und weitermachen» darf man nicht gelten lassen.

### Die «Schweizer Revue» im Allgemeinen

#### TONI CAVELTI, WEST VANCOUVER, KANADA

Es ist immer eine gute Post, die «Schweizer Revue». Die März-Ausgabe war doppelt interessant. Erstens ist mir die hübsche Schemenese von meinen Jugendjahren in St. Gallen her bekannt. Unser Schulzimmer war direkt über dem Sarkophag und Besuche der Stiftbibliothek waren jährliche Ereignisse. Wer hätte damals geglaubt, dass diese Ruhestätte einmal zum internationalen Problem werden könnte! Zweitens ist das Rätoromanische – obwohl in St. Gallen aufgewachsen – noch immer die Sprache, die wir innerhalb der Familie brauchen. Unser «Rumantsch» wurde dabei zu einer Art eigenem Dialekt. Das «echte» heutige Rätoromanisch zu lesen und zu verstehen, bereitet mir eher Mühe.

**In unserer Online-Ausgabe – [www.revue.ch](http://www.revue.ch) – können Sie jederzeit Beiträge der «Schweizer Revue» kommentieren und die neusten Kommentare lesen.**

## Die «Schweizer Revue» dankt ihren Leserinnen und Lesern

Die gedruckte «Schweizer Revue» wird von vielen Leserinnen und Lesern in der Fünften Schweiz ganz besonders geschätzt: Sie wollen die «Revue» nicht nur lesen, sondern als fassbares, sinnliches Bindeglied zur Schweiz in den Händen halten. Sehr dankbar sind wir jenen, die mit einem freiwilligen Abonnementsbeitrag die Papierversion der «Schweizer Revue» unterstützen: Ihre Zuwendungen motivieren uns sehr!

Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen enorm gross: Die sehr hohen Versandkosten und die – auch als Folge des Krieges in der Ukraine – stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise belasten auch die «Revue» finanziell sehr, zumal wir keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung haben – und die Zeitschrift an Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer grundsätzlich kostenlos abgegeben wird.

**Freiwillige Abonnementsbeiträge unserer Leserinnen und Leser sind deshalb ein wichtiger und sehr geschätzter Beitrag zur langfristigen Sicherung der Druckausgabe. Dass sich auch die Redaktion vorbehaltlos zur Druckausgabe bekennt, zeigt hoffentlich das Exemplar, das Sie bereits bis auf diese Seite durchgeblättert haben: Wir glauben, erneut ein gehaltvolles, lesenswertes, anregendes Heft komponiert zu haben. Genau solches möchte die Redaktion unbedingt auch in Zukunft – für Sie – leisten.**

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:

E-Mail [revue@swisscommunity.org](mailto:revue@swisscommunity.org)

Telefon +41 31 356 61 10

Die vollständigen Bankangaben für die Überweisung freiwilliger Abonnementsbeiträge (zu beachten: Checks können leider nicht eingelöst werden):

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8

Berner Kantonalbank, Bundesplatz 8, CH-3011 Bern  
BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten: BEKB Bern, Konto 16.129.446.0.98  
Auslandschweizer-Organisation  
z.Hd. Herrn A. Kiskery, Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern

Referenz: Support Swiss Review

Zahlungen per PayPal: [www.revue.link/support](http://www.revue.link/support)



**Konsularische Dienstleistungen**  
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten


 Guichet en ligne DFAE  
 Online-Schalter EDA  
 Sportello online DFAE  
 Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Kuala Lumpur (2023)

**Schweizer Schulabschluss und Eidgenössische Maturität** von jedem Ort der Welt

Jetzt schnuppern! Info und Kontakt unter [swissonlineschool.ch](http://swissonlineschool.ch) und [swissonlinegymnasium.ch](http://swissonlinegymnasium.ch)




**SWISS ONLINE SCHOOL**

# Verfolgen Sie auch von zu Hause aus den Auslandschweizer-Kongress!

Vom 18. bis zum 20. August 2023 findet der 99. Auslandschweizer-Kongress in St. Gallen statt. Verfolgen Sie ihn von zu Hause aus, falls Sie nicht persönlich teilnehmen!

Die Sitzung des Auslandschweizerrats, das politische Programm und die Plenarversammlung werden als Live-Streams übertragen. Schauen Sie sie während oder nach dem Kongress auf [www.swisscommunity.org](http://www.swisscommunity.org).



Schauen Sie am 18. und 19. August die Live-Streams:



Folgen Sie uns und dem Kongress in den sozialen Medien:



Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Unsere Partner:

Schweiz Tourismus.



Swiss Travel System.



SWI [swissinfo.ch](http://swissinfo.ch)

BCGE



Zürcher Kantonalbank



# Wir brauchen alte Schönheit.



Schweiz.

# Wir brauchen Schweiz.

Jetzt Schweizer Städte entdecken: [MySwitzerland.com/staedte](https://www.myswitzerland.com/staedte)  
Teile deine schönsten Erlebnisse mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)



Schweiz.  
mit Bahn, Bus und Schiff.

